

# Volksrecht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 4 mal und in den Haupt-Expeditionen (Hauptstadt Breslau) 4/6 durch die Verlegerin des „Volksrecht“, Frau Gräfinstraße 5 und Friedrich-Wilhelm-Str. 106, Wladislawstraße 155, sowie durch alle Vorträger zu beziehen. Abonnementpreis umsonst zu erhalten. Wöchentlich 0,42 Rml. + 6 Pf. Träger- und Postgebühren monatlich 1,75 Rml. + 36 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einzeln 2 Pfennige. Postgebühren 2,40 Rml.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle 217 37, Redaktion 217 38  
Postfach-Konto Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 311 Breslau  
Unbeslangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgegeben, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stöckelanzeigen, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das letzte Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Hauptstadt Breslau) 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Eifrige Verständigungsversuche

## Feste Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Der Gegensatz Zentrum-Volkspartei

Berlin, 3. März. (Eigener Bericht.)  
Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, an der sämtliche der Fraktion angehörenden Mitglieder teilnahmen, und in der über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Regelung der finanziellen Fragen Bericht erstattet wurde. Es wurden keine Beschlüsse gefasst, doch herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß die Verabschiedung der Young-Gesetze nicht durch innerpolitische Streitigkeiten verzögert werden darf, und daß für die schwebenden Finanzfragen eine Lösung gefunden werden muß, die sowohl die Aufrechterhaltung der sozialen Institutionen, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, in dem bisherigen Umfang gewährleistet, als auch dem Gedanken eines Opfers der Bestehenden für die Sanierung der Finanzen Rechnung trägt.

Das Reichskabinett hat am Montag nur eine Stunde zugeht, um Johann seine Verhandlungen auf den Dienstag zu verschieben. Es kann jedoch jetzt schon gesagt werden, daß aller Voraussicht nach auch der Dienstag noch keine Entscheidung bringen wird. Diese dürfte vielmehr erst für den Mittwoch zu erwarten sein. Schon daraus ergibt sich, daß alle Teile des Kabinetts des ungeheueren Ernstes der Situation bewußt sind, und daß ein Beschluß, der auf einen Zusammenbruch der bisherigen Regierungspolitik hinausläuft, nicht leichtem Herzens gefaßt werden dürfte. Das Kabinett hat noch immer vor der doppelten Schwierigkeit, daß einmal die Deutsche Volkspartei sich weigert, in der Frage der Steuerpolitik mit Sozialdemokratie und Zentrum auf eine gemeinsame Plattform zu treten, und daß zum anderen das Zentrum darauf besteht, eine Verabschiedung der Young-Gesetze nicht zuzulassen, so lange die Steuerfragen nicht bereinigt sind.

Man kann wohl sagen, daß in diesem Augenblick die Spannung zwischen Zentrum und Volkspartei mindestens ebenso stark ist, wie die Spannung zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie. Es steht also keineswegs so, daß die Sozialdemokratie einer geschlossenen bürgerlichen Front gegenübersteht, vielmehr wird ein Vorwärtkommen dadurch verhindert, daß die bürgerlichen Parteien der Großen Koalition in einen sehr starken Gegensatz zu einander geraten sind. Daraus kann sich vielleicht für die sozialdemokratische Partei die Möglichkeit ergeben, die Führerrolle, die ihr in der Koalition dank ihrer Stärke zukommt, doch etwas mehr als bisher zu betonen. (Das wäre aber auch sehr notwendig! Anm. d. Red.) Muß nun das Zentrum der Appell erdichtet werden, daß es die Erledigung der Young-Gesetze unter allen Umständen zulasse, so muß eben auch von der Volkspartei gefordert werden, daß sie sich von dem Druck der hinter ihr stehenden Wirtschaftskreise befreit und dem Gedanken eines Opfers auch der Bestehenden Rechnung trägt.

In der volksparteilichen Presse herrscht große Aufregung über das Eingreifen des Reichspräsidenten. Die Dinge werden so dargestellt, als ob der Reichspräsident irgend welchen Einflüssen des Zentrums oder der Sozialdemokratie erliegen und als Werkzeug irgend welcher parteipolitischen Pläne gebraucht worden wäre. Diese Auffassung ist jedoch vollkommen irrig. Reichspräsident von Hindenburg hat sich in diesem Fall nicht zum erstenmal sozialen Erwägungen zugänglich gezeigt und was er den bürgerlichen Parteiführern gegenüber ausgesprochen hat, entspricht durchaus seinem eigenen sozialen Empfinden. Es ist im höchsten Grade erstaunlich, daß gerade diejenigen Kreise, die sonst „mehr Macht dem Reichspräsidenten!“ verlangen, sofort gegen den Reichspräsidenten auftraten und ihm am liebsten den Mund verbieten würden, wenn er sich einmal auf die Seite der Bestohlenen stellt.

Obwohl Reichstagsfraktion und Parteiausschuß der Volkspartei sich einstimmig gegen jedes Notopfer ausgesprochen haben, und obwohl das Zentrum in seiner tatsächlichen Stellungnahme zu den Young-Gesetzen noch keine Aenderung erkennen läßt, braucht man — so wie sich die Dinge bis Montag abend gestaltet haben — die Hoffnung auf einen Sieg der Zukunft noch nicht reiflos aufzugeben. Die Verantwortung für den Sturz des Kabinetts in diesem Augenblick, für den Fall oder die Verzögerung der Young-Gesetze sowie der Finanzreform würde keine Partei vor dem deutschen Volke zu tragen imstande sein.

### Beamtenbund gegen Beamtennotopfer

Berlin, 3. März. (Eig. Funterbericht.)  
Die für heute vorgesehene Sitzung des Reichskabinetts beginnt nachmittags um 4 Uhr. In der Zwischenzeit wird der Reichsfinanzminister über die Gestaltung der Finanzverwaltung des Staats noch zahlreiche Einzelbesprechungen mit seinen Parteifreunden bzw. maßgebenden Persönlichkeiten der anderen Fraktionen führen.  
Die Berliner Morgenpresse ist in der Beurteilung der parlamentarischen Situation heute äußerst zurückhaltend. Die der Volkspartei nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont nochmals:  
„Nach dem eindeutigen Beschluß der Deutschen Volkspartei, die gar nicht in der Lage ist, davon wieder abzuweichen, ist eine Verständigung nur auf der Basis möglich, daß jede Erhöhung der Steuern vermieden wird.“

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes befaßte sich am Montag mit der Frage eines Notopfers für die Festbesoldeten und gab der Auffassung Ausdruck, daß jede Sonderbelastung der Beamtenschaft vermieden werden müsse. Man könne den außergewöhnlichen Verhältnissen am besten nur dadurch gerecht werden, daß man die leistungsfähigen Volksschichten gebührend heranziehe.

### Was will die Volkspartei?

Berlin, 3. März. (Eig. Bericht.)  
Als Herr Moldenhauer kurz nach seiner Ernennung zum Reichsfinanzminister vor Pressevertretern seine Dedungsvorschläge entwickelte, fügte er gegen Schluß seiner Ausführungen die Bemerkung hinzu, es sei keine sympathische Rolle, die er jetzt spiele. Er habe vor der Übernahme des Amtes nicht gegahnt, wie groß die Schwierigkeiten seien. Es sei nun erforderlich, öffentlich den Ernst der Lage klarzumachen und die Illusionen zu zerstören, die immer noch in weiten Bevölkerungskreisen herrschen. Zu diesen Illusionen gehört der Glaube des Unternehmens, daß man eine Sanierung der Arbeitslosenunterstützung durchführen könne, die einen allgemeinen Abbau der Leistungen bedeute. Herr Moldenhauer sprach sich damals mit sehr guten Gründen und viel Energie gegen die Absichten aus, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gerade in der Zeit abzubauen, in der die Arbeitslosigkeit am höchsten ist.

Zwischen ist vieles geschehen zur Zerstörung jener Illusionen, die durch den Steuerentlastungsflug des Unternehmens hervorgerufen worden sind. Daß Steuerentlastungen möglich sind, kann heute keiner mehr glaubhaft machen, die Notwendigkeit von Steuererhöhungen wird überall eingesehen. Die Deutsche Volkspartei jedoch will eine neue Illusionspolitik einleiten. Da Steuerentlastungen nicht möglich sind, will sie nun wieder den Generalvorstoß gegen die Arbeitslosenversicherung, wobei sich dahinter weiterhin die Absicht verbirgt, einen allgemeinen Lohnsenkungsfeldzug einzuleiten. Der Abbau der Arbeitslosenversicherung soll dem Unternehmenswert bringen, was es von der Steuerentlastung erwartet hatte: Eine Verchiebung des Gleichgewichts der Lasten und der Leistungen für den Staat zugunsten des Besitzes.

Eine solche Politik ist nicht nur illusionistisch, weil sie die Machtverhältnisse falsch einschätzt, sie ist es auch unter rein steuerlichem Gesichtspunkt. Wenn auch die Volkspartei die Arbeitslosen preisgeben möchte, so kann es doch die Allgemeinheit nicht. Die Arbeitslosen müssen leben, und die Gesamtbelastung durch die Arbeitslosigkeit wird nicht geringer, wenn die Lasten statt auf dem Reich dann auf den Gemeinden ruhen. Die Folge würde nur sein, daß die Realeuern in den Gemeinden erheblich angezogen werden müßten, und dann würde sich wieder das Geschrei des Unternehmens gegen die Steuererhöhung in den Gemeinden erheben.

Der Wille der Volkspartei, die Arbeitslosen preiszugeben und die sogenannte Sanierung auf ihrem Rücken zu vollziehen, ist nach den letzten Beschlüssen der Volkspartei nicht mehr zu bezweifeln. Er wird unterstrichen durch die betonte Zurückweisung der Meinungsäußerung des Reichspräsidenten, der erklärt hat, daß in der Zeit der Not die besterhaltenen Bevölkerungskreise den Notleidenden helfen müßten. Die echte Unternehmensbrutalität kennt keine Grenzen und keine Rücksicht. Sie geht ebenso über Staatsnotwendigkeiten hinweg, wie über das Gend der Erwerbslosen. Sie läßt sich von ihrem Kurse nicht ablenken durch die einfache logische und menschliche Aeußerung eines Mannes, dessen Autorität und staatsrechtliche Macht zu stärken die Volkspartei als einen ihrer wichtigsten Programmpunkte aufgestellt hat!

Diese Meinungsäußerung des Reichspräsidenten wird von dem einfachen Manne ohne weiteres verstanden werden. Sie enthält die Grundformel jeder sozialen Moral: daß in der Zeit der Not nicht die Bestehenden geschont und die Notleidenden belastet werden dürfen. Die Moral der Volkspartei besteht darin, daß die Erwerbslosen preisgegeben werden sollen. Sie nennt das Rettung von Staat und Wirtschaft. Auf der einen Seite steht demnach die Deutsche Volkspartei, die sich als die Ketterin der Wirtschaft ausgibt, auf der anderen Seite der gesunde Menschenverstand, die soziale Moral und der Reichspräsident. So ist die Lage.

Die Rolle des Finanzministers Moldenhauer und der Deutschen Volkspartei bei einem Zugeständnis zu Gunsten der Notleidenden wäre trotz aller vergangenen Steuerentlastungspropaganda weitaus sympathischer als die Rolle, die sie heute spielt. Denn wer wird behaupten, daß die Rolle des deutschen Unternehmens gegenüber der Meinung des Reichspräsidenten zu sozialer Gerechtigkeit sympathisch sei?

### Geht Hellpach zum Jungdo?

Der frühere badiische Staatspräsident Professor Dr. Hellpach ist aus der Demokratischen Reichstagsfraktion ausgeschieden und hat sein Mandat niedergelegt. Hellpach begründet seinen Schritt damit, daß er Bindungen abzustreifen gedente, die seine Meinungsäußerungen oder Entscheidungsfällungen zu den großen innerpolitischen Problemen der Zeit beschränken müßten.  
Von unterrichteter Seite erfahren wir dazu, daß Hellpach schon seit längerer Zeit die Bildung einer neuen bürgerlichen Mittelpartei anstrebt und mit dem Jungdo die Verbindung suchen in enger Verbindung steht.

### Warum Notopfer?

Berlin, 2. März.  
Im Etat des Reiches und in den Etats der Länder müssen im Jahre 1930 Fehlbeträge von insgesamt 725 Millionen Mark gedeckt werden. Davon entfallen auf das Reich 555 Millionen, auf die Länder 170 Millionen. In dem Fehlbetrag des Reiches sind 250 Millionen für die Arbeitslosenversicherung enthalten. Werden davon 150 Millionen durch den Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien an die Sozialversicherung gedeckt, so vermindert sich der Fehlbetrag des Reiches auf 405 Millionen, der von Reich und Ländern zusammen auf 575 Millionen.

Für diese Summe muß durch Steuererhöhungen Deckung geschaffen werden. Wie das geschehen soll, ist seit Wochen Gegenstand der Diskussion bei der Regierung und bei den Parteien. In dem Fehlbetrag von 575 Millionen sind für die Schuldentilgung 450 Millionen enthalten, die im nächsten Jahre nicht wiederkehren. Deshalb muß verschafft werden, für diesen einmaligen Mehrbedarf eine einmalige Deckung zu beschaffen. Das ist um so notwendiger, als auch die Darlehen an die Arbeitslosenversicherung in späteren Jahren bei Besserung der Arbeitslage entweder ganz fortfallen werden, sich mindestens aber sehr erheblich vermindern. Vor allem muß aber zum Ausgleich für bereits erfolgte oder bevorstehende Erhöhungen von Massensteuern dem Besitz wenigstens eine einmalige Mehrbelastung auferlegt werden. Daher ist der Gedanke aufgetaucht, einen Teil des Fehlbetrages durch eine einmalige befristete Abgabe vom Einkommen zu erheben und den vorübergehenden Charakter dieser Maßnahme durch die Bezeichnung „Notopfer“ zum Ausdruck zu bringen.

Es scheint, als ob der Grundgedanke dieses „Notopfers“ jetzt auch in den letzten Beratungen der Reichsregierung mehr an Boden gewonnen hat, obwohl noch nicht festgestellt ist, wie diese Abgabe aussehen, welchen Personalkreis sie erfassen, wie hoch sie im Einzelfall sein soll und welcher Gesamtertrag aus ihr zu erwarten ist. Ein solches Notopfer könnte in zwei Formen erhoben werden; entweder als allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer, von dem alle Bevölkerungskreise von einem bestimmten Einkommen ab betroffen würden, oder als eine Sonderabgabe von den Festbesoldeten, also in erster Linie von den Beamten.

Für die Erhebung des Notopfers in der Form eines allgemeinen Zuschlags zur Einkommensteuer sprechen folgende Gründe: der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat dem Reichskabinett ein Deckungsprogramm vorgelegt, das die Deckung des Fehlbetrages ausschließlich durch indirekte Steuern vorsieht. Außerdem soll zur Deckung noch die Erhöhung der Tabaksteuer herangezogen werden, die bereits im Dezember vorigen Jahres beschlossen worden ist. Auf diese Weise würde der Fehlbetrag des Reiches und der Länder überwiegend durch eine Erhöhung der Massenbelastung ausgeglichen werden, während die Besitzbelastung nur zu einem sehr geringen Teil dazu herangezogen würde. Deshalb erscheint es nur recht und billig, daß angesichts der besonderen Notlage des Reiches, der Länder und der Gemeinde auch die besitzenden Schichten ein besonderes Opfer bringen, wie es ein Zuschlag zur Einkommensteuer wäre. Von diesem Zuschlag müßten selbstverständlich die kleinen Einkommen befreit werden, weil sie durch die Erhöhung der indirekten Steuern besonders stark betroffen werden.

Ein solches allgemeines Notopfer ist tatsächlich nur ein bescheidener Ausgleich für die Mehrkosten, die die breiten Massen für die Sanierung der öffentlichen Finanzen auf sich nehmen sollen. Denn während die Erhöhung der indirekten Steuern eine dauernde Mehrbelastung darstellt, ist das Notopfer nur als einmalige Maßnahme gedacht, die automatisch in Wegfall kommt, wenn die Notlage der öffentlichen Finanzen behoben ist. Ein solches Notopfer wäre aber nicht nur in vollem Maße sachlich berechtigt, es wäre auch politisch leichter durchführbar als eine Sonderbelastung einzelner Volksguppen. Denn das Notopfer in dieser Form könnte vom Reichstag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden, während ein Notopfer der Festbesoldeten ein Eingriff in die wohlverordneten Rechte der Beamten wäre und insoweit eine Aenderung der Verfassung bedingende Mehrheit erfordern würde. Ob diese Mehrheit im Reichstag zu erreichen wäre, ist mindestens zweifelhaft.

Andererseits können auch für ein besonderes Notopfer der Festbesoldeten gute Gründe angeführt werden. Man weiß darauf hin, daß die Festbesoldeten, in erster Linie die Beamten, inmitten der heute allgemein herrschenden Unsicherheitslage der nächsten Stand sind, der nicht

Gefahr läuft, durch Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und Konjunkturrückgang seine Existenz zu verlieren. Diese allgemeine wirtschaftliche Instabilität ist so groß, daß es den Arbeitsschichten der Privatwirtschaft und den Unternehmern bisher nicht möglich war, sich ihrer allein zu erwehren. Deshalb haben Reich und Gemeinden helfen ein greifen müssen, das Reich durch die Darlehen an die Arbeitslosenversicherung, die Gemeinden durch die Leistungen der Wohlfahrtspflege. Aber auch Reich und Gemeinden sind am Ende ihrer finanziellen Kraft und können die aus der Wirtschaftskrise erwachsenden Mehrkosten nicht mehr mit den bisherigen Mitteln ausbringen. Daher liegt es nahe, von den Festbesoldeten ein besonderes Opfer zu verlangen, das der besonderen wirtschaftlichen Notlage der übrigen Volksschichten Rechnung trägt und Reich und Gemeinden in die Lage versetzt, ihren Verpflichtungen wie bisher nachzukommen.

Dieses Notopfer der Festbesoldeten ist aber nicht nur in ihrer Existenzsicherheit begründet. Die Festbesoldeten, insbesondere die Beamten der öffentlichen Verwaltung, haben selbst ein unmitttelbares Interesse daran, die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten überwinden zu helfen. Denn wenn Reich, Länder und Gemeinden dieser Schwierigkeiten nicht mehr Herr werden, so können daraus leicht wirtschaftliche und politische Gefahren erwachsen, die auch die Existenzgrundlage der Festbesoldeten erschüttern könnten.

Allerdings sprechen gegen ein solches besonderes Notopfer der Festbesoldeten zahlreiche Gründe. Während es bei einem allgemeinen Notopfer, wie es ein Zuschlag zur Einkommensteuer sein würde, sehr einfach ist, den Kreis der Pflichtigen zu

bestimmen, begegnen bei Festsetzung des Prozentsatzes bei den Festbesoldeten besondere Schwierigkeiten. Zunächst einmal muß der Gedanke ausschließen, die Festbesoldeten zur Arbeitslosenversicherung heranzuziehen zu wollen. Eine solche Maßnahme würde dem Charakter der Versicherung widersprechen, denn sie würde einen Kreis von Versicherten schaffen, die nur Pflichten, aber keine Rechte gegenüber der Arbeitslosenversicherung haben.

Nicht einfacher ist der Plan durchzuführen, das Notopfer in Form einer Gehaltskürzung zu erheben. Wessen Gehalt soll gekürzt werden, das der kleinen Beamten ebenso wie das der großen? Sollten neben den Beamten alle Festbesoldeten, insbesondere auch die hohen Angestellten der Privatwirtschaft herangezogen werden? Können die Angehörigen der Reichswehr, der Schutzpolizei, des Reichswasserschiffes mit erfasst werden? Wie steht es mit den Beamten und Angestellten von Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank? Soll schließlich das Notopfer nur auf die aktiven Beamten beschränkt bleiben, oder muß es nicht auch auf Wartstandsbeamten und Pensionempfänger ausgedehnt werden? Und endlich noch die besonders wichtige Frage, ob von allen Einkommen ein prozentual gleicher Satz erhoben, oder ob das Notopfer nach der Höhe des Einkommens gestaffelt werden soll.

Soviel Fragen, soviel Meinungsverschiedenheiten. Es ist daher nicht abzusehen, ob und wie hierüber eine hinreichende Mehrheit des Reichstags zu einer Einigung kommen sollte. Wie die Entscheidung aber über Form und Inhalt des Notopfers auch ausfallen wird, es steht zweifellos fest: der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte muß gedeckt und eine einseitige Belastung der unteren Volksschichten vermieden werden.

nach der Konfession sei unetraglich und müsse aufhören. (Der König). Abg. Grzimek: Jawohl, ich bin auch im Falle der Kultusminister abtotet dagegen gewesen, daß nach der Konfession noch katholische und evangelische Stellen geben, wer die Stellen der kann sich dann gleich aufhängen! - Weiterberatung Dienstag

## Herr Grüner verbreitet Lügen

Der Denunziant Dr. Grüner, der bis jetzt nicht der Mut aufgebracht hat, aus seinem ehrlosen Verhalten gegenüber dem früheren preussischen Innenminister die Konsequenzen zu ziehen und von sich aus die Sozialdemokratische Partei zu verlassen, macht durch eine Erklärung in der bürgerlichen Presse den Versuch, sein Denunziantentum auch noch zu rechtfertigen. Was dieser Erklärung fehlt, ist für Grüner ebenso charakteristisch wie sein Verhalten in Sachen des zurückgetretenen preussischen Ministers. Seine Feststellungen sind, soweit sie den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei betreffen, un wahr und wenn er noch eines Beweises bedürft hätte, daß dieser politische Geschäftsmacher und Sitteher für den Ausschluß aus der Sozialdemokratie längst zeug ist, dann ist es seine neueste Erklärung. In der Erklärung des Herrn Grüner heißt es wörtlich:

„Der Senatspräsident Grüner hat unangenehm für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gewandt. Dem Parteivorstand gelang es aber nicht, in dieser Beziehung irgendwelche Veränderung herbeizuführen. Hierbei wurde Herr Senatspräsident Grüner von einem Parteivorstandsmittglied auf seine Unzulänglichkeiten aufmerksam gemacht, daß er in der fraglichen Angelegenheit seiner Pflicht als Parteimitglied rechtlos nachgekommen sei und künftig in weiteren Entscheidungen nunmehr auf freier Hand habe. So kam es, daß Herr Senatspräsident Grüner am 3. Februar den fraglichen Brief an Herrn Ministerpräsident Braun richtete, aber lediglich in seiner Eigenschaft als Staatsbürger an den Ministerpräsidenten als den besonderen sichtbaren Exponenten der Masse des preussischen Staatsvolkes.

Richtig ist an diesen Feststellungen, daß Grüner auch als dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, ähnlich wie anderswo, zweimal verurteilt hat, gegen Grzesinski hat er trüglicher. Seine Behauptung, daß man ihm zugestanden habe, wäre in der fraglichen Angelegenheit seiner Pflicht als Parteimitglied rechtlos nachgekommen und habe nunmehr völlig freier Hand, ist ebenso un wahr wie vieles andere, was Grüner früher oder in diesen Tagen in den verschiedensten Angelegenheiten behauptet hat.

Die Montagsausgabe des „Dorimunder Generalkorrespondenz“ enthält eine Notiz über eine Unterredung des Berliner Arbeiters dieses Blattes mit Grüner. Danach ist Grüner in erregtem Tone erklärt haben, daß die vom Berliner Blättern angelegene Unterredung Grüners mit dem Parteivorstandsgeschäftspräsidenten Dr. Drews bereits vor einigen Tagen stattgefunden habe. Sie habe eine Handlungswiese des Ministerpräsidenten Dr. Braun zum Gegenstand gehabt, für die dieser wahrscheinlich das gleiche Schicksal erleiden werde wie der Innenminister Grzesinski.

Wir wissen nicht, inwieweit Grüner etwas derartiges behauptet hat. Sollte er sich aber tatsächlich so geäußert haben, so scheinen die Zweifel, die man neuerdings an dem Gesundheitszustand dieses Mannes hegt, durchaus berechtigt zu sein. In ähnlicher Weise wird Herr Grüner wahrscheinlich schon am Dienstag Gelegenheit geboten werden, sich zu der Angelegenheit zu äußern. Bis dahin wollen wir uns mit unseren obigen Feststellungen begnügen.

## Die Parteilichkeit der Justiz

### Neue Beweise für politische Parteilichkeit - Gerichte, die das Amt zur Standeserache ausnutzen

Vor dem Hauptansatzpunkt des Preussischen Landtags begann am Montag die Beratung des Haushalts der Justiz.

Justizminister Dr. Schmidt-Nahberg betonte in seinen einleitenden Worten, daß die Justizverwaltung bestrebt sei, den Zuschußbedarf zum Justizhaushalt nach Möglichkeit in verringern. Bei der ungeheuren Zunahme der Prozesse, namentlich auch der Zivilprozesse gegenüber der Vorkriegszeit sei dies Ziel aber nur zu erzielen durch eine Vereinfachung der Rechtspflege. Preußen erstrebe daher beim Reich eine Erhöhung der Zuständigkeitsgrenze für Amtsgerichtssachen und eine Erhöhung der Berufungsumme. Allerdings werde auch die Ersparnis aus diesen Maßnahmen nur 2½ Millionen Mark jährlich betragen. Die Bewilligung des Armenrechts habe gegenüber der Vorkriegszeit ganz gewaltig zugenommen. Früher waren 18 Prozent aller Prozesse Armensachen - jetzt 32 Prozent. Bei den Landgerichten sind die Armensachen von 31 auf 43 Prozent gestiegen. Auf eine Anfrage erklärte der Minister, daß die Zahl der Widerrufe in den Fällen der bedingten Strafaussetzung in den letzten Jahren sich auf 25 bis 28 Prozent gehalten habe, daß also etwa ein Viertel der bewilligten Bewährungsfristen gebrochen worden sei.

Abg. Rattner (Soz.) führte aus, daß die preussische Rechtspflege sich regional und provinziell sehr verschieden entwickelt hat. Während aus dem Westen verhältnismäßig wenig Klagen über antirepublikanische Einstellung der Gerichte kommen, scheint für die Justiz in Ostpreußen, Pommern und Schlesien, teilweise auch für Sachsen, noch die Monarchie zu herrschen. In Ostpreußen gibt es für Beleidigungen einen seltsamen Tarif. In allerhöchster Instanz stehen die Richter selber. So sind in zwei von dem Neben namentlich angeführten Fällen für Beleidigungen eines Richters zwei Jahre bzw. einhalb Jahre Gefängnis verhängt worden. Ganz unten stehen in diesem Tarif republikanische Minister, die Republik und die Juden. So hat ein Richter Gericht einen ostpreussischen Gutsbesitzer freigesprochen, der einen jüdischen Händler, der nach mehrfacher fruchtloser Mahnung Geld bei ihm einlagern wollte, mit dem Tod geschlagen, ihn „dreißiger Jude“ tituliert und den Hund auf ihn gehetzt. Das Richtergericht hat erklärt, daß der Händler „die bekannten rauhen Sitten der Richter Niederung“ habe kennen und sich danach richten müssen. Die Bezeichnung „dreißiger Jude“ sei nur ein Scherz gewesen. Ein unbeeideter Zeuge hat zwar ausgesagt, daß der vorliegende Gutsbesitzer durchaus Ernst gemacht habe, aber das Gericht läßt sich auch durch diese Aussage nicht vom Freispruch abbringen. Es ist ein wahres Wunder, daß nicht obendrein der Jude bestraft worden ist! - Nationalsozialistische Hegez, wie Pastor A. D. Münchmeyer und Bruno von Salomon, sind trotz ärztlicher Beschränkung der Republik freigesprochen worden, ein andermal hat ein pommersches Gericht gegen die 22 bezugsweise

29 Jahre alten nationalsozialistischen Angeklagten wegen ihrer „Jugendlichkeit“ auf 3 Mark Geldstrafe erkannt. Dabei war einer von diesen „Jugendlichen“ angestellter Parteisekretär der NSDAP. Empörend ist es auch, wie im Schwednitzer Prozeß gegen die nationalsozialistischen Landfriedensbrecher der Vorsitzende das provozierende Aufstehen Hillers und der Angeklagten gebildet hat. In Frankfurt a. M. ist der Nationalsozialist Schüll, der zwei Reichsbannerleute mit dem Messer erstochen hat, freigesprochen worden. Zwei Reichsbannerleute, die gefesselt hatten, wie Schüll das Messer zog und sich stach, wurden als „der Mittäterschaft verdächtig“ nicht verurteilt; verurteilt wurden dagegen die Begleiter des Schüll. Ganz ungeheuerlich ist auch ein Abtreibungsartikel des Erweiterter Schöffengerichts Halberstadt. Man hat den Ehemann der an der Abtreibung verstorbenen Ehefrau wegen Anstiftung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl das Gericht selber anerkannte, daß der Ehemann der Frau von der Tat abgeraten hat. Er habe es aber nicht energig genug getan! Durch solche Schredensurteile gegen die Verwandtschaft der Abtreibenden wollen offenbar die Gerichte die Milderung des § 218 wieder weitmachen.

Abg. Dr. Grzimek (Dem.) erklärte, das ewige Schnüffeln

## Fragen an die K.P.D.-Zentrale

### Neue Auslassung der 60 Berliner K.P.D.-Funktionäre

Berlin, 4. März. (Eig. Funkbericht.)

Die 60 Funktionäre der Berliner K.P.D., die sich dieser Tage mit einer Erklärung gegen die kommunistische Bahnhofsaktion an die Öffentlichkeit wandten, verbreiten jetzt eine weitere Meinungsäußerung zu der kommunistischen Parteipolitik, in der zunächst festgestellt wird, daß die K.P.D.-Leitung einer Auseinandersetzung über die von der Opposition angeschnittenen politischen Fragen ängstlich aus dem Wege geht. Das sei an sich nicht verwunderlich, denn es sei zweifellos leichter, die „Weltrevolution“ auf dem geduldrigen Zeitungspapier der „Roten Fahne“ zurecht zu fügen, als die Arbeiterklasse wirklich den Weg der politischen Machtergreifung zu führen.

Die Parteileitung der K.P.D. wird dann aufgefordert, sich zu folgenden, ihr zweifellos unangenehmer Fragen zu äußern: Was sagt die Parteileitung der K.P.D. zu unserer Auffassung über die Maratktion? Waren es Barrikadenkämpfe proletarischer Kampfgruppen oder nicht? Entsprach die Berichterstattung darüber den Tatsachen oder war sie darauf zugeschnitten, von Stalin zur Veruhigung der russischen Arbeiter verwendet zu werden? 2. Wie ist es mit der akut-revolutionären Situation in

Deutschland? 3. Sind die „Massenbewegungen“, von denen die K.P.D. berichtet, wirklich vorhanden? 4. Soll die Arbeiterklasse in der jetzigen Situation unter allen Umständen in Kampfhineingeführt werden, auch wenn diese absolut aussichtslos sind? 5. Wird die Kampfkraft der Arbeiterklasse durch solche Maßnahmen geschwächt oder nicht? 6. Folgen die Massen den Parteileitung oder nicht?

In der Erklärung wird schließlich noch festgestellt, daß die Mitglieder der Opposition finanzielle Zuwendungen nur noch an die Oppositionsgruppe machen und die so gewonnenen Mittel zur Propaganda ihrer politischen Ansichten verwenden werden. Die etwas „dröhlige Zumutung“ der „Roten Fahne“, daß die zu den Unterzeichnern der oppositionellen Erklärung gehörenden Wandratsinhaber ihre Diktata an die K.P.D. abzugeben hätten, die sie politisch bekämpften und persönlich verunglimpften, lehne die oppositionelle Gruppe selbstverständlich ab. Im übrigen könne der K.P.D.-Leitung mitgeteilt werden, daß zahlreiche weitere Unterzeichner von Parteifunktionären auch aus dem Reich zur Verfügung gestellt wurden. Sie sollen zur gegebenen Zeit veröffentlicht werden.

## Der Unheimliche

### The Sinister Man

von Edgar Wallace. - Uebersetzt von Max C. Schirmer

(Nachdruck verboten)

Chang lebte nicht nur, sondern in einer Stunde war er ein äußerst beweglicher junger Mann, der seine Hausgötter zur Vernichtung seiner Feinde anrief.

„Ich war eingeschlafen, tao“, sagte er offen, „und wachte nicht, was geschah, bis mein Kopf in einem Sacke fiel, und meine Hände gebunden waren.“

„Wenn du wach gewesen wärest, würdest du jetzt schlafen, Chang!“ äußerte Amery bedeutungsvoll.

Er betrachtete den Rest der Nacht mit der Ordnung seiner Papiere, aber die wichtigste Dokumentensammlung fehlte. Er wußte das, bevor er mit dem Aufstehen begann. Er hatte es von dem Augenblick an gemerkt, als er Stillmann gesprochen hatte. Morgen mußte er zeitig im Büro sein. Dort waren ebenso wichtige Sachen wie seine Aktenmappe, und diese durften nicht gefunden werden.

XXXVII.

Wägen in der Nacht erwachte Chia mit einem Gefühl großer Unruhe. Sie stand auf, brannte das Licht an und setzte sich auf den Bettend, um ihre Gedanken sorgfältig zu analysieren und den Grund ihrer Unruhe herauszufinden. War es die Entdeckung, daß Kalf Hallam verheiratet war? Diesen Gedanken ließ sie als widersinnig fallen. „Jesse Dame? Es hatte sie allerdings beunruhigt, Jesse im Wispalub mit Samogaden und in kostbarer Toilette zu sehen. Aber Amery hatte Recht, wenn er sagte, daß Mädchen, die arbeiten, schwer zu beurteilen wären. Sie könnten aus Häusern kommen, wo die Familien verhungerten, und keiner könnte die Trägheit ahnen, die sich hinter ihren kalten Rücken und ihrer Freundlichkeit verbirgt. Sie könnten auch die Kinder reicher Leute sein, die geschicklich weit über ihren Arbeitslohn standen. Chia hatte oft Jesse Dame über ihren „Pappa“ sprechen hören, so daß sie diese gewöhnliche Ausdrucksweise als übertriebene Bezeichnung aufnahm. Wahrscheinlich kam Jesses Benehmen aus einem Gefühl der Ueberlegenheit. Nein, Jesse war nicht der Grund. Diese konnte für sich selbst sorgen, so romantisch sie auch war, und Chia hatte sich ent-

schlossen, heute nach dem ertlichen Helm des Mädchens den langaufgeschobenen Versuch zu machen, denn sie war neugierig, zu erfahren, welches Heimleben das Mädchen führte.

Sicherlich waren es weder Jesse noch Kalf. Was beunruhigte sie denn so tief? Sie hatte das unbestimmte Gefühl, daß es Amery war, mit seiner Sonderlichkeit, seiner Einfachheit und dem unheimlichen Schatten, den ihr Argwohn über ihn geworfen hatte. Sie wußte, er betrieb ein Geschäft, das sowohl gefährlich wie auch wenig angenehm war. Er hatte unzweifelhaft einen phlegmatischen Bankler niedergeschlagen und nur, weil dieser zu viel gesprochen hatte. Kaltblütig, jählich, zeulos, unbarmherzig - und sehr einsam - das war Amery.

Sie ersah selbst über ihre Gedanken. Sie hatte einst von einem Manne gehört, dessen Grundgedanke es war, die Frauenherzen zu gewinnen: „Behandelt sie schlecht und haltet sie immer in Bewegung!“ Würde auch sie nach diesem Rezept behandelt, und was war das Resultat?

Sie war ganz wach geworden. Ihr Gefühl des Unbehagens war durch den Schreck dieser Entdeckung verschwunden. Sie schaute auf die Uhr, es war vier. Dann fielen ihre Blicke auf die abgenutzte Kiste, die das Interesse Kalfs und Amerys in Anspruch nahm. Sie öffnete den Deckel, hob die drei obersten Päckchen heraus und versuchte auch den vierten zu heben, aber er war fest angeschlossen und widerstand ihren Anstrengungen. Sie hob das eine Ende auf und prüfte das Gewicht. Unter diesem beständigen Päck befand sich etwas.

Es war fünf Uhr, als sie ins Bett zurückkehrte, aber nicht um zu schlafen. Sie hatte sich angezogen und ihr Frühstück bereitet, bevor Mrs. Hallams Magd erschien. Selbst jetzt empfand sie keine Müdigkeit. Einer regnerischen und stürmischen Nacht war ein heller Frühlingmorgen gefolgt, der in ihrem Herzen Glückseligkeit herbeiführte.

„Sie sind zeitig auf, Miß!“ brummte die Magd, da Dienstboten Frühmorgens nicht gern sehen.

„Ich war zeitig im Büro sein“, erklärte Chia, da sie eine Entschuldigung zu machen sich verantwortlich fühlte und nicht wünschte, daß ihre schlaflose Nacht Mrs. Hallam bekannt würde.

Es sah Chia ähnlich, daß sie sich, nachdem sie einmal die Wahrheit geäußert hatte, zeitig ins Büro zu gehen, auch kurz nach acht Uhr in der Wood Street befand und überlegte, ob das Büro schon offen wäre.

Es war nicht nur offen, sondern auch andere zeitige Be-

sucher waren schon da. Sie sah zwei Männer, die sich am Türrahmen unterhielten, und erkannte in dem einen Bickerton. Man konnte seine große Gestalt nicht verlernen. Sein Gesicht war von ihr abgekehrt, und als sie sich ihnen näherte, ging er langsam die Straße hinauf und unterhielt sich ernsthaft mit seinem Begleiter. Bevor er sich wieder umgedreht hatte, war sie im Eingange verschwunden und lag die Treppe hinauf.

Das Reinigungspersonal hatte ihr Zimmer verlassen, und anschließend war sie die einzige anwesende Angestellte im Haus. Glücklicherweise hatte sie viel zu tun und ging in Amerys kaltes Zimmer, um eine Adressenkarte zu holen, die sie in Ordnung zu bringen versprochen hatte.

Sie stellte den Kasten auf seinen Schreibtisch, und ihre geschmeidigen Finger liefen schnell an den Karteikarten entlang, hier eine herausnehmend und dort eine einlegend. So ordentlich Amery in anderen Sachen war, in dieser Beziehung war er sehr nachlässig, und sie mußte das ganze Zimmer nach Adressen durchsuchen, bis er zurückgefunden vergessenen hatte.

Die Tür stand weit offen. Sie konnte deutlich Schritte auf der Treppe hören und wunderte sich, welche anderer Angestellter so zeitig käme. Dann hörte sie Bickertons Stimme, als die Männer ihr Zimmer betraten. Sie hob den Kopf und lächelte.

„Er wird um neun Uhr da sein. Ich möchte lieber, daß die Durchsuchung in seiner Abwesenheit geschieht“, sagte die Stimme des Fremden, und aus dem ehrerbietigen Ton, in dem Bickerton antwortete, war ersichtlich, daß der andere der Vorgesetzte des Detektivs war.

Wie Sie wünschte, Herr. Ich habe vom Durchsuchungsbesuch noch keinen Gebrauch gemacht, aber die Auskunft, die ich heute morgen erhielt, läßt keinen Zweifel darüber, daß das Zeug hier im Hause ist. Neben dem Kamin ist ein Schrank, den ich beim letzten Besuch bemerkte.“

Chia horchte atemlos. Sie schaute sich um und sah den langen schmalen Schrank, von dem sie bemerkt hatte, daß ihn Mr. Wood Amery niemals benutzte. Was war das „Zeug“? Sollte sie zu Amery gehen und ihn warnen? Das könnte helfen, aber es würde kaum die Entdeckung des verräterischen Materials, was es auch sein mochte, verhindern.

Jemand kam auf die Tür zu. „Ich will Ihnen den Weg zeigen“, erklärte Bickerton. (Fortsetzung folgt.)

# Ein Carneval-Kabinett Lardieus

Paris, 3. März. (Eig. Drahtb.) Als Lardieu im November sein erstes Ministerium bildete, hatte es die unerhörte Ziffer von 28 Ministern und 34 Untersekretären. Aus dem Ministerium der 28 wurde ein Ministerium der 34. Lardieu hat damit nur das Prinzip konsequent weitergeführt, bei der Besetzung der einzelnen Ministerposten nicht auf die fachlichen Eigenschaften und persönlichen Tüchtigkeit der Kandidaten vorzugehen, sondern bei deren Auswahl sich ausschließlich von der Absicht leiten zu lassen, durch Einsetzung möglichst vieler kleiner Cliquen eine bestmögliche Zusammenzuzugung zu bewerkstelligen. Die Erweiterung des Kabinetts um sechs Mitglieder, für die die entsprechenden Ressorts ebenfalls geschaffen werden müssen, könnte Lardieu unter Umständen je sechs Stimmen pro Kopf des neuen Ministers einbringen. Diese Mentalität prägt, ganz abgesehen von seiner innerpolitischen Stellung als reaktionäres Kampfkabinett, dem Lardieu'schen Ministerium seinen Charakter auf: Die Ernennung des gewählten Postministers Martin, dessen negative Leistungen des gewöhnlich gemacht hatten, auf den Posten des Budgetministers, die Ernennung des aus seinen Geheimverhandlungen mit Klotz, Reber, Berg bekannt gewordenen Finanzkommissionars Reymond zum Finanzminister; die Ernennung des 65-jährigen Grafen zum Unterstaatssekretär für Verbesserung — dies sind nur einzelne Gründe, die dem zweiten Kabinett Lardieu in den Kreisen der Linken bereits den Ehrennamen „Carneval-Kabinetts“ beigebracht haben. Nicht man zu allem noch die politischen Hintergründe in Betracht, so ist begreiflich, daß die neue Regierung im Lager der Linken nicht eine sachliche Opposition, sondern einen so beispiellosen Sturm der Entrüstung und Erbitterung auszulösen hat, so daß für die nächste innerpolitische Zukunft in Frankreich die pessimistischsten Prophezeiungen gerechtfertigt erscheinen.

Paris, 4. März. (Eigener Funterbericht.) Ministerpräsident Lardieu und Außenminister Briand haben am Montag mehrere längere Besprechungen mit dem amerikanischen Botschafter in Paris und dem italienischen Delegierten auf der Londoner Flottenkonferenz, Massigli, geführt. Die neue Regierung bereitet sich also mit Macht darauf vor, wieder auf der Bildfläche der Londoner Konferenz zu erscheinen. Briand und die übrigen Mitglieder der französischen Delegation werden am Donnerstag nach London abreisen. Lardieu will vorläufig nur für zwei Tage Paris verlassen, und zwar erst am Sonnabend nachmittag, um das Wochenende zusammen mit Macdonald in Schenvers zu verbringen.

Paris, 4. März. (Eigener Funterbericht.) Lardieu hat für seine Regierungserklärung schon eine Reihe neuer glänzender Schlagworte erfunden. Er will nicht nur seine alte „Politik der Prosperität“ mit den neuen Mitteln des Programms der Regierung Chautemps fortsetzen, sondern er will darüber hinaus die „Zwingburg der Steuerverwaltung“ einreißen. Die Steuer soll jetzt „in gleichem Rhythmus wie die Produktion maschinieren“, ja sie soll der Wirtschaft „einen neuen Sprung nach vorn“ ermöglichen. Sie soll sich modernisieren und vor allem auf Budgetüberschüsse verzichten. Praktisch verbirgt sich hinter diesen Formeln lediglich der Wunsch Lardieus, das Budget rechtzeitig bis zum 1. April eine Deckung zu bringen und zu diesem Zweck alle von der Finanzkommission vorgeschlagenen Steuerermäßigungen zu ratifizieren. Darüber hinaus will aber der neue Finanzminister Reymond, der im Pariser Börsenviertel beheimatet ist, der Börse „ihren ersten Platz als internationaler Geld- und Kapitalmarkt“ wiedergeben. Er will deshalb eine Politik finanzieller Expansion unterziehen, die „Frankreichs Geltung und Einfluß im Ausland stark erhöhen“ soll.

# Die Bemühungen der Genfer Wirtschaftskonferenz

Genf, 3. März. (Eig. Drahtb.) Die Kommission für die Ausrbeitung eines Programms wirtschaftlicher Zusammenarbeit nahm am Montag in öffentlicher Sitzung die noch ausstehenden Berichte ihrer Unterausschüsse entgegen. Es zeigte sich wiederholt, daß nur durch Formulierungen, die gegensätzliche Anschauungen unentschieden nebeneinander stellen, eine Genehmigung der Berichte zu erreichen ist. Das gilt z. B. für die Weißbegünstigungsklausel, in der die Anhänger und Gegner einer beschränkten Weißbegünstigungsklausel ihren Standpunkt aufrechterhalten. Das Hauptinteresse sammelt sich zurzeit jedoch um die vorläufigen Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden der Konferenz, dem anwesenden Mitgliedern des Wirtschaftsbundes des Völkerbundes und den Wirtschaftsbeamten des Sekretariats über ein Gesetzentwurf. Die Pläne kristallisieren sich dahin, die sogenannten Freihandelsstaaten nur dazu zu verpflichten, ihre Freihandelspolitik nicht ohne weiteres aufzugeben, während die Staaten, deren Handelsverträge in der Hauptsache gebundene Zollsätze enthalten, ein gegenseitiges Ueberreintommen abschließen sollen, die Bindungen für eine bestimmte Zeit aufrechtzuerhalten und die nichtgebundenen Zölle erst nach gegenseitigen Verhandlungen zu erhöhen. Der von Erruns, Frankreich, am Sonnabend herangezogene Abkommensentwurf Belgiens, Österreichs usw. verschwindet langsam wieder im Hintergrund. Andererseits macht sich gegen die Zerteilung der Staaten schon jetzt Widerspruch bemerkbar. Die vier nordischen Staaten stellten am Montag eine Sitzung unter sich ab, in der sie beschlossen, gegen die geplante Zerteilung, falls sie endgültige Form annimmt, Widerspruch zu erheben.

# Vor einer Regierungskrise in Prag?

Die Agrarier beider Nationen wollen sich verschmelzen. — Neue Forderungen. Prag, 3. März. (Eig. Drahtb.) Die erst vor wenigen Wochen unter Teilnahme der Sozialisten gebildete tschechische Regierung droht, von einer Krise erfaßt zu werden und wäre wahrscheinlich schon davon erfaßt worden, wenn nicht der 80. Geburtstag des Staatspräsidenten Masaryk bevorzöge wäre. Die Agrarier fordern die Durchführung ihrer sozialpolitischen Pläne, während die Sozialisten, die Vertreter des Handels und der Industrie, sich dagegen entschieden wehren. Die Agrarier wünschen ähnlich wie früher die Verwirklichung eines Getreidemonopols. Der Ankauf von Getreide im Ausland soll zwar frei sein, jede eingeführte Menge soll jedoch eine Kontrollstelle passieren. Die Möglichkeit, daß die Agrarier mit ihren Forderungen ein Biasto erleiden, ist durchaus gegeben. Damit wäre der Bestand des Kabinetts offensichtlich auch der des Parlaments gefährdet. Es kommt hinzu, daß weite bürgerliche Kreise eine Krise geradezu herbeisehnen, um nach Möglichkeit die alte bürgerliche Regierungskoalition auferstehen zu lassen. Die tschechischen und deutschen Agrarier haben inzwischen im Parlament einen gemeinsamen Arbeitsausschuß gebildet. Diese Maßnahme wird als erster Schritt zur Verschmelzung der beiden agrarischen Parteien betrachtet. Die Agrarier führen als Grund ihrer Verschmelzung die Notwendigkeit einer gemeinsamen Lösung der Agrarkrise an. In Wirklichkeit dürften sie jedoch bestrebt sein, gegen den sozialistischen Block ein Gegengewicht zu schaffen.

# Vor dem Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages

Berlin, 3. März. Geheimrat Eisenlohr von der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes, der zu den Handelsvertragsverhandlungen in Warschau wolle, tritt morgen früh zur Verhinderung in Berlin ein. Auch die Vertreter des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten und des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie, Direktor Lange und Graf Bichtum werden in den nächsten Tagen aus Warschau nach Berlin kommen. Der Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Rechtsanwalt Hartmann, an dem bereits seit einigen Tagen hier. Die Verhandlungen haben in den letzten Tagen einen so günstigen Verlauf genommen, daß mit einer baldigen Unterzeichnung gerechnet wird, falls nicht noch in letzter Stunde eine unerwartete Wendung eintritt, wie solche im Laufe der deutsch-polnischen Verhandlungen wiederholt zu verzeichnen waren.

# Fried's Canoffgang

Weimar, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Der kürzlich von dem Rutschisten Fried seines Amtes enthabene Gymnasialdirektor Dr. Siefert, Weimar ist am Montag mit allen früheren Funktionen wieder in sein Amt eingekleidet worden. Das seinerzeit von Siefert verhängte Verbot des rechtsstehenden Schülerbundes „Adler und Falke“ bleibt jedoch aufgehoben.

# Neue Wappsteife für Schacht

Paris, 4. März. (Eig. Funterbericht.) Der Konferenz der Notenbankgouverneure in Rom, die dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht als Schauplatz für eine neue Quercydeberci gedient hat, soll, wie der „Erzähler“ berichtet, Ende dieser Woche in Paris eine Sonderverhandlung der alliierten Notenbankpräsidenten folgen. Auf die für die Anwesenheit Schachts würde kein Wert gelegt. Man will sich ohne ihn über die Zusammensetzung des Ausschusses und des Direktoriums der Internationalen Zahlungsbank einigen.

# Nazis und Kommunisten Nern in Wien

In Jugoferstadt in Bagen wurde eine Erwerbslosen-demonstration von den dortigen örtlichen Führern der Kommunisten und der Nationalsozialisten gemeinsam geleitet.

# Käufliche Kommunisten

Bei der Wahl des Gemeindevorstehers in Wietzerhagen bei Hamm entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten 7, auf den des Bürgerblocks 9 Stimmen. Der Kandidat der KPD, erhielt eine Stimme, obwohl die KPD, im Gemeindeparlament drei Vertreter besitzt. Zwei kommunistische Gemeindevorteiler hatten sich von dem Bürgerblock kaufen lassen. Als einer, ein gewisser Hildebrandt, diesen Kauf zu rechtfertigen versuchte, wurde er von den Zuhörern der Sitzung niedergedrückt.

# Erwerbslosenpolitik der Kommunisten

Halle, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommunisten, die sich in den Gemeindeparlamenten als die Retter der Erwerbslosen aufspielen, handelt dort, wo sie die Mehrheit haben, gerade entgegengesetzt.

In der halleschen Vorortgemeinde Lieskau lag ein Antrag der Erwerbslosen vor auf Bewilligung von Mitteln zur Ausführung von Notstandsarbeiten und Gewährung einer einmaligen Unterstützung. Der kommunistische Redner gab die Erklärung ab, der Etat der Gemeinde sei so erheblich überschritten, daß an eine Unterstützung der Erwerbslosen nicht zu denken sei. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

# Sie sind wieder da

Die gestohlenen Reichswehrmaschinen. Die aus einer Reichswehrklammer gestohlenen Waffen sind nunmehr restlos wiedergefunden worden. Die Ermittlungen nach den eigentlichen Dieben haben bisher jedoch noch zu keinem Ergebnis geführt, obwohl inzwischen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden sind. Das Publikum beteiligt sich nach wie vor außerordentlich stark an den polizeilichen Nachforschungen. Die Reichswehr hat für die Auffindung der Waffen und die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 15 000 Mark ausgesetzt. Hoffentlich läßt sich die Reichswehr nicht auch das ganze Wehrministerium fehlen.

# Severing über die Rutschisten

Auf der Jubiläumstagung der Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung im Verbandspreußischer Polizeibeamter nahm am Montag abend der Ehrenvorsitzende der Vereinigung, Reichsminister des Innern Severing, das Wort zu Ausführungen über die Polizei in den Kämpfen unserer Zeit. Severing führte unter anderem aus: Es ist hier gesagt worden, daß in der Geschichte der Schaffung der starken geschulten preußischen Polizei der Name Severing auf der ersten Seite steht. Es haben aber auf dieser ersten Seite noch andere Namen Platz, vor allem der meines verehrten Amtsnachfolgers Erzelski, dessen schöpferische Energie, dessen immer wahre Entschlossenheit, ich jedem Polizeibeamten wünsche. (Beifällige Zustimmung.) Ich nehme nicht jede Kriegsandrohung, jeden Aufmarschplan in der „Koten Fahne“ oder im „Pöfischen Beobachter“ ernst. Ich schreie nicht mit Kanonen nach Spanien. Der Uebermut der Nationalsozialisten, die aufgebracht sind durch Zugang aus den deutschen Nationalen, kann in vielen Teilen des Reiches durch die Feuerwehr gedämpft werden. Trotzdem ist Wachsamkeit Not, vor allem auch bei der zivilen politischen Kriminal-polizei.

# Wozu der Parteitag der Nazis da ist

Nationalsozialist muß wegen Kindesraubes und Mädchenhändlung ins Zuchthaus. Aus Nürnberg wird uns geschrieben: In Nürnberg wurde der Nationalsozialist Meremann aus Schwerin dieser Tage wegen Kindesraubes und Mädchenhändlung zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus verurteilt. Meremann fuhr auf dem Parteitag der Nationalsozialisten in Nürnberg mit seinem Waffentragwagen auf die Straße nach Jungens Alleen. Er fand zwei Kinder, Injassen eines Mädchenheims, die seiner Einladung, mit dem Auto zu fahren, gerne folgten. Abends getrauten sich die Mädchen nicht mehr zurück ins Heim. Meremann befehlt sie bei sich und imponierte ihnen als deutscher Held, indem er ihnen versprach, mit einigen Kameraden das Mädchenheim zu

kürmen und den Leiter gehörig zu verprügeln. Dann fuhr er mit dem Auto in eine einsame Gegend und machte sich unwillig an die schmerzlichen Mädchen heran. Er verprügte ihnen, lie mit nach Schwerin zu nehmen und ihnen Arbeit und Verdienst zu verschaffen. Nachts wurden die Mädchen unter 30 Nationalsozialisten auf dem Lastwagen verladen. Keiner von den Nazis machte sich ein Gewissen daraus. Erst in Kulmbach wurde ihnen doch etwas Schweiß zumute. Da zeigte sich wieder der typische Naziheld. Er setzte die Kinder kurzerhand auf die Straße, gab ihnen zwei Mark und den Rat, sich als Mitglieder des „Königlichen Bundes“ auszugeben, dann kämen sie überall unter. Die armen Mädchen getrauten sich nun erst recht nicht mehr nach Hause zurück; sie wanderten nach Leipzig und Berlin, wo sie aufgegriffen und heimgeschickt wurden. Nur zufällig wurde die Sache rufbar. Jetzt kann der gewissenlose Nazimann im Zuchthaus nachdenken, daß ihm keine Schandtät im „H. Reich“ nicht passiert wäre.

# Borah über die Flottenkonferenz

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Borah, erklärte in einer Radio-Ansprache „An alle“, daß das Scheitern der Londoner Flottenkonferenz zu einer internationalen Katastrophe führen könne. Wenn die Regierungen nicht bald die Notwendigkeit der Abrüstung einsehen würden, dürfte eines Tages ein grauames Erwachen folgen. Die Kunst zwischen den friedliebenden Mächten und den von politischer Zweckmäßigkeit geleiteten Regierungen sei jetzt schon fast abgrundtief.

# Amerikanische Schandjustiz

Die Verurteilung einer 23-jährigen Laden-diebin Ruth St. Clair zu lebenslänglichem Zuchthaus hat die gesamte öffentliche Meinung von New York auf die Beine gebracht. Der unerhörte Urteilsspruch erfolgte unter den Bestimmungen der Baumes-Gesetze, die für jeden zum vierten Male eines Vergehens überführten Angeklagten unweigerlich die lebenslängliche Haftstrafe vorsehen. An die Seite der Beise, die fast ausnahmslos nach einer Ueberwindung der staatlichen Rechtspflege schreit, haben sich jetzt auch zahlreiche politische und bürgerliche Organisationen gestellt, die einen sofortigen Gnadenakt des Staatsgouverneurs Roosevelt für die Unschuldige fordern, deren ganzes Verbrechen in dem Diebstahl einiger weniger Luxuskleidungsstücke im Werte von etwa 100 Dollar bestanden hat. Sogar der Richter, der die lebenslängliche Verurteilung der Angeklagten unter dem Wortlaut der Baumes-Gesetze aussprechen mußte, der Staatsanwalt und die Geschworenen haben sich dieser Protestflut angeschlossen und fordern vom Gouverneur entschiedene Maßnahmen gegen die Wiederkehr derartiger Strafverfolgungen, die aller Vernunft ins Gesicht schlagen.

Im Staatsparlament sind bereits Zusatzenträge zu der Baumes-Strafgesetgebung eingebracht worden, durch die den Richtern in der Verhängung des Strafmaßes eine gewisse Bewegungsfreiheit gegeben werden soll. Wie zu erwarten war, wehrt sich der Vater dieser farnosen Gesetze, der Senator Baumes, gegen alle Änderungen. Er behauptet, daß die Schaffung einer Begnadigungsinstanz durch den Gouverneur vollständig genügen würde, die nach eingehender Prüfung der einzelnen Fälle Änderungen im Strafmaß vornehmen könne. Als wenn den Problemen einer derartigen Rechtsprechung mit Gnadenakten und schwächlichen Gekochmilderungen beizukommen wäre! So ist die Baumes-Rechtsprechung, die die Staatsgefängnisse mit lebenslänglichen Sträflingen überfüllt und aus harmlosen Schulbigen, die nichts mehr zu verlieren und alles zu gewinnen haben, reißende Tiere macht. Es ist diese Rechtsprechung, die zu den blutigen Sträflingerrevollen führt, an denen die beiden letzten Jahre so reich gewesen sind. Eine größere Bewegungsfreiheit der Strafverhängenden Richter mag die schlimmsten Härten mildern, aber nicht den mittelalterlichen Charakter der Baumes-Gesetze an der Wurzel ändern. Und gar von Begnadigungsinstanzen sich zu viel Hoffnung zu machen, ist angesichts des im Staate Kalifornien an den beiden Gewerkschaftern Mooren und Billings seit 13 Jahren verübten Justizverbrechens geradezu lächerlich. Trostlos ist die Unschuld der beiden seit langem zweifelhaft ermittelten, hat die Begnadigungsinstanz, der die Papiere seit Monaten vorliegen, bisher nichts von sich hören lassen. Worauf es bei der Baumes-Rechtsprechung einzig ankommt, ist ein völliges Fehlen dieser absurden Gesetze, in deren Schatten immer neue Verbrechen und ungehemmte Rücksichtslosigkeit gedeihen müssen. Aber bis zu einer solchen radikalen Aufräumung hat es bei der Selbstgefälligkeit der Behörden des Staates New York noch eine lange Weile.

# Die Arbeitslosigkeit in USA.

Im amerikanischen Senat ist der Antrag eines Senators eingegangen, nach dem für die Erwerbslosenunterstützung 50 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Antrag führt sich auf die Berichte des amerikanischen Gewerkschaftsbundes über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Februar. Danach waren 22 Prozent sämtlicher organisierter Gewerkschaftsmitglieder und 23 Prozent der organisierten Bauarbeiter arbeitslos.

# Ein politischer Mord in Paris?

Ein Mord mit höchst sonderbaren und anscheinend politischen Hintergründen wurde in einem Pariser Hotelkammerndeck. Das Opfer ist ein jugoslawischer Journalist, namens Joseph Werner, der das Hotelzimmer erst am 1. Februar gemietet hatte. Werner sprach kein Wort französisch und mußte sich beim Vermieten des Zimmers eines Dolmetschers bedienen. Er war sehr gut gekleidet, besaß aber kein Gepäck, nicht einmal ein Hemd zum Wechseln, was die Vermutung nahelegte, daß er noch ein zweites Wohnort besessen hat und sich in dem Hotelzimmer lediglich verstecken wollte. Diese Annahme wurde verstärkt, als die Mordkommission ermitteln konnte, daß der Ermordete sich im Besitze eines offenbar gefälschten Passes auf den Namen Eli Kasha Ismael befand und er beim Wohnungsmeldeamt eine falsche Adresse angegeben hatte. Der Nachbar Werners berichtet, daß in den frühen Morgenstunden des Sonntags an die Tür Werners heftig geklopft wurde und in dem Augenblick, als dieser die Tür öffnete, sechs Schüsse rasch hintereinander fielen, ohne daß vorher zwischen dem Mörder und seinem Opfer auch nur ein Wort gewechselt worden war. Die Witzmarin sah den Mörder zwar fliehen, konnte aber kein Signalement über ihn geben. Dagegen wollen ihn Passanten in Begleitung eines jungen Mannes gesehen haben.

# Stalins Rache an Katsowski

Der linkskommunistische Volkswille meldet: Katsowski (der frühere russische Botschafter in Paris) ist mit seiner kranken Frau gezwungen, unter den schlechtesten Bedingungen in Barnaul den sibirischen Winter bei einer Kälte von 40-50 Grad zu verbringen. Katsowski ist vom Sumpffieber ergriffen und hat ein schweres Herzleiden. Die Ärzte haben deshalb verordnet, daß er unbedingt Hilfe im Kaukasus suchen muß. Das Moskauer Politbüro verweigert aber diese Hilfe. Ja, man hat seine Haft in Sibirien noch verjüngert, indem man ihm die Möglichkeit genommen hat, politisch zu arbeiten. Das kommunistische Oppositionsblatt verleiht diese Meldung mit der Ueberschrift „Stalins Rache an Katsowski“.

**Stadt-Theater**  
(Opernhaus)  
Dienstag  
10,30 bis gegen 12 Uhr  
Erstaufführung!  
**Casanova.**  
Mittwoch  
20 bis nach 22,30 Uhr  
Abend-Vorstellung 11 14  
**Die Schwalbe.**  
Donnerstag  
20 bis gegen 23 Uhr  
Abend-Vorstellung 11 14  
**Der Wildschütz.**

**Lobe-Theater**  
Telefon 56747  
Dienstag 15,30 Uhr:  
**Trojaner.**  
Dienstag 20,15 Uhr  
und täglich: 1901  
**Die heilige Johanna**  
**Thalia-Theater**  
Telefon 56747  
Dienstag 20,15 Uhr  
und täglich:  
**Kolportage**  
Komödie v. Georg Kaiser.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Tel. 36300  
Täglich 8 Uhr:  
**Der Weiterfolg**  
**Das Land  
des Lächelns**  
Operette v. Franz Lehár  
In der  
Sensationsbesetzung  
Kammersänger  
Serge Abranovic  
Carola Farma  
Trude Reller

**3 Stunden Lachen**  
über Renner u. Hartmann  
täglich 8 Uhr bei  
**LIEBICH**

**Circus Busch**  
Schaubühne 850  
Heute ringen:  
Poonhol, Pinastki  
Stacker-Kämpfer  
2 Entscheidungen:  
Ahrens-Griks  
Peterson-Emonds

Zeichweise  
**Frak-**  
Kod- u. Smoking-  
Anzüge  
nur neueste Färbungen  
**C. P. Pätzold**  
Königsstraße 7, 9, 1.  
Kippling - Ausst. anst.

**Selbststeinbauern!**  
Feinführungen, Verke,  
Tonarme, Platten, Stiele,  
Schalldecken sowie  
sämtliche Zubehörteile

**900 neue Schallplatten**  
25 cm .. von Mk. 1.80 an  
**Musik - Lieddecke**  
Stodgasse 3, Nähe Ring.

**Herrenzimmer**  
acht Eiche, Bibliothek, Diplo-  
mat, Sessel, Tisch.  
4 Stühle RM. 565.-  
**S. Brandt & Co.**  
Gartenstr. 65, L. 9474

**Parteilreunde**  
kaufen Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
stets die  
**Volkswacht**

Reichweise elegante  
Kod- und  
Smoking-  
Anzüge  
**A. Patalong**  
Schneidmeister 57  
Bischofstraße 3.

# Bergkeller

Ab 1. April 1930:  
**Neu renoviert Neu übernommen**  
**Herrliche Säle · Schönstes Gartenlokal des Odertors**  
Vereine, die auf Saal- oder Gartenrezeptionen,  
wollen sich in Verbindung setzen mit  
**Karl Bensch**  
(langjähriger Parteigenosse)  
Breslau 16, Bachmannstr. 2

Im Haus der  
guten  
**Stapelqualitäten!**

In dieser Woche:  
**Allerhand billige  
Waren**

in fast allen Abteilungen  
die spottbilligen  
**Extra-Angebote**  
und  
**Gelegenheitskäufe!**



Besichtigen  
Sie  
unsere  
Schaufenster!

Besichtigen  
Sie  
unsere  
Schaufenster!

## Das neue Politische Buch

**Karl Renner** Wege der Verwirklichung. Betrachtungen  
über politische Demokratie, Wirtschafts-  
demokratie und Sozialismus . . . **2.00**  
**Hirsch** Kommentar zu den Kommunalpolitischen  
Richtlinien der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands . . . **6.75**  
**Schiff** So war es in Versailles. Mit Beiträgen von  
Otto Landsberg, Hermann Müller **4.00**  
**Carl Legien** Ein Gedenkbuch von Th. Leipart . . . **6.00**

**Volkswacht-Buchhandlungen**  
Neue Graupenstr. 5 Friedrich-Wilhelm-Str. 105 u. Flurstraße 4

# KABA

besten Plantagentrank

1. wohlschmeckend
2. leicht verdaulich
3. nahrhaft und vitaminhaltig
4. nicht stopfend
5. stets gebrauchsfertig
6. in 1 Minute zu bereiten
7. sehr preiswert: **2**

Pfennig die Tasse



**60** Pfg.  
das Paket  
(Pfundpreis RM 1.50)  
In allen einschlägigen  
Geschäften zu haben!

Kaba hat so viele gesund-  
heitliche, geschmackliche u.  
andere Vorzüge, ist so preis-  
wert und so bequem im Ge-  
brauch, daß er als tägliches  
Getränk in jeder Familie  
Eingang finden sollte!

Plantagengesellschaft m. b. H., Bremen/Fabrikhafen  
Generalvertretung und Fabriklager:  
**Fritz Klein, Breslau, Margaretenstraße 9. — Fernruf 20703**

## WAPPENHOF

Heute Dienstag,  
sowie täglich ab 4 Uhr:  
**Große Nadmittags-Vorstellung**  
mit dem ersten sensationellen Mär-Programm.  
**Carasco-Atlantik-Comp.**, equilibrist. Sensation.  
**2 Arwello**, musikalischer Ausstattungsakt, **Babe**  
**Milford**, internationaler Tanzstar, **Maria und Hans**  
**Hildobrand**, Kunstgesang und Biedermeier-Spiele,  
**Roulette**, phänomenaler Krallakt, **Eltra**, Revue  
artistischer Kunst, **Golly**, phänomenaler Hunde-  
Dressurakt, **Harlon u. Brace**, Excentrik-Comödianten,  
**Max Schubert**, der Bestbekannte, zum ersten Male  
in Breslau, **2 Fantoms**, Zahn-Kraft-Luftsensation.  
Eintritt 30 Pfennige.  
Heute Dienstag **Große Faschnachts-Redoute**  
ab 8 Uhr. Kein Kostümzwang. Ball in 3 Sälen.  
Einlagen erster Kräfte des Wappenhof-Varietés.  
Eintritt 1.20 Mark inkl. Steuer.

## Astoria-Säle

Sonnenstr. 42 Inh: Aug. Hiescher Sonnenstr. 42  
Heute **Großer Faschnachtsball**  
Präsent-Verteilung  
Donnerstag der beliebte **Verkehrte Ball**  
Empfehle meine Säle für Hochzeiten u. Vereinsfestlichkeiten

## Wilhelmshafen

Heute Dienstag ab 8 Uhr:  
**Großer Faschnachtsball**  
Kostüme erwünscht — Eintritt 75 Pf.  
2 Kapellen. — Postautoverkehr ab  
Endstation der Linie 1 (Grüneiche) 866

75 Pf. kostet die gute **Skat-Karte**  
bei **C. Kretschmer** Schmiede-  
brücke 29b

## Amerika

das Land der Wunder  
Leben-Technik-Arbeit  
schildert E. E. Kisch  
in seinem neuen Werk  
Ganzleinen 6 Mark

## Paradies Amerika

Zu beziehen durch die  
Volkswachtbuchhandlungen: Flurstr. 4/6,  
Friedr.-Wilh.-Str. 105, N. Graupenstr. 5.

## Henkner's Festsäle, Morgenau

Endstation der Linie 4 [853] Telefon 21071  
Heute Dienstag:  
**Großer Faschnachtsrummel**  
vom Radfahrerverein Rot-Weiß 1929.

## Theodor Stoll's Gesellschaftshaus

Breslau-Gräbchen 24 u. Fernsprecher 328 24.  
Heute Dienstag, 20 Uhr  
großer  
**Faschnachtsrummel**  
bei freiem Eintritt.

## Kurgarten + Kleinburg

Heute Dienstag:  
**Großer Faschnachtsball**  
Geschenk-Polnaisse 861

## Schulden = Gebrauchte Möbel

die meine Frau macht und  
gemacht hat, bezahle ich nicht  
**E. Gudel, Leipzig.**  
Waschtische, Sofas, Schränke,  
Ausziehtisch, Sotafisch, Stühle  
Bettstellen billig abzugeben.  
**S. Brandt & Co.**  
Gartenstr. 65, L. 9474

## Unreines Gesicht

Pickel, Mitesser werden in  
wenigen Tagen durch das  
Teintverschönerungsmittel  
**Venus (Stärke A)** Preis  
Mk. 2.75 unter Garantie  
beseitigt. Gegen  
Sommerprossen  
(Stärke B) Preis Mk. 2.75  
Nur zu haben Nachmark-  
Apotheke „Zum goldenen  
Hirsch“, Inh.: Ernst Servé,  
Breslau, Ring 44. 50

## Schlafzimmer

echt Eiche, vollst.  
komplett RM. 575.-  
**S. Brandt & Co.**  
Gartenstr. 65, L. 9474

## Der Wahre Jacob

Sozialdemokratisches  
Witzblatt. Zu haben  
in den Volkswacht-  
Buchhandlungen und  
bei den Zeitungs-  
trägern.  
Preis 30 Pf.

Der Prozeß gegen die Sparkassenbeamten

Spekulationsgeschäfte in der Inflation

Der tote Paul auf der Anklagebank — Kunden durch den hinteren Eingang Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft

Besonders günstig für die Angeklagten in dem Sparkassenprozeß ist es, daß Paul tot ist und er sich gegen all die Beschuldigungen nicht mehr wehren kann. Aber ganz so unschuldig, wie sich die Angeklagten hinstellen versuchen und alle Verantwortung auf Paul schieben, dürften sie natürlich nicht sein. Es wartung unter den acht Angeklagten selbstverständlich einige werden sein, die ohne jeden Vorbehalt die Schiebung mitmachen und lediglich deshalb nichts sagen, um nicht als Anmacher aus der Kasse herauszufallen. Jedenfalls das eine wurde bereits erwiesen, daß in der Giroabteilung, die dem Sparkassenbeamten Paul unterstand, nicht nur die Angeklagten, sondern auch andere Beamte erlangten konnten, um damit zu spekulieren, und andere Geschäfte zu machen, sondern daß auch gute Bekannte durch den hinteren Eingang in die Giroabteilung kamen, um Gelder in verhältnismäßig hoher Ausbeute von Beamten und Angestellten, die hierzu durchaus nicht berechtigt waren.

Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Herrmann, der vor Beginn des Prozesses an einem banktechnischen Kursus teilnahm, vernahm die Angeklagten in einer außerordentlich geschickten Weise, die zeigte, daß er die schwierige Materie absolut beherrscht. Schon aus der allgemeinen

Bernehmung der Angeklagten

konnte sich der Zuhörer ein völlig überhöhtes Bild machen von dem Betreibe, der in der Giroabteilung herrschte. Die Verhaftungen, die den Angeklagten zur Last gelegt werden, fallen auch in die Zeit kurz nach der Inflation, wo es gerade den Bankbeamten und Angestellten außerordentlich schwer wurde, sich auf normale Verhältnisse umzustellen. Alle hatten enorm spekuliert und sie glaubten wohl auch bei der Aufstellung der Festmaß, daß es trotzdem so weiter gehen würde. Immer wieder steht auch hier die Bemerkung wieder: „Es war so blöckig“ oder „Niemand hatte etwas dagegen, daß von Angestellten zum Zweck der Spekulation Geldbeträge aus der Kasse entnommen wurden.“ Am gelägerten Tage wurden erst fünf Angeklagte vernommen, von denen die meiste Zeit die der beiden Beamten, des Gründel und des Tannhäuser in Anspruch nahm.

Von diesen beiden interessiert wieder in erster Linie Gründel, der die rechte Hand des Paul war und der seinen Platz im Büro des Paul hatte. Seine Tätigkeit war, in der zur Anklage stehenden Zeit, die Erledigung der Devisengeschäfte; auch übernahm er zeitweise die Abfertigung der Kundhaft. Ihm unterstand zeitweise auch der Verkehr mit der Kommunalbank und der Reichsbank. Bei der Bernehmung des Gründel wurde auch ein Kartoffelgeschäft erwähnt, das von Paul und Gründel mit dem Kartoffelgroßhändler Max Hoffmann getätigt wurde. Im Herbst 1923 hatte er an alle Beamte und Angestellten der Giroabteilung mehr wie 100 Zentner Kartoffeln zu besonders billigem Preise geliefert; überhaupt gab es in der Zeit keine Kartoffeln mehr zu kaufen. Paul soll von Hoffmann auch eine Flasche Cognac als Geschenk erhalten haben und schließlich wurden von Hoffmann noch 200 Mark zur Verfügung gebracht. Diese Geschenke hatten natürlich ihren Zweck; auch er konnte hier jede Gefälligkeit haben, zwar nicht aus ihrem Gelde, sondern von dem Gelde der Sparkassenkunden. Hier wurden überhaupt ganz eigenartige Geschäfte gemacht und zwar ohne jede Sicherheitsleistung. Erwähnenswert ist noch

das Geschäft des Paul mit dem Direktor Hoffmann vom Landbund.

Hoffmann ließ dem Paul 16 000 Mark und zwar wurde mit dieser Summe das Konto des Reichslandbundes belastet. Dann konnten alle die vielen unerlaubten Kreditgeschäfte zur Sprache, wo nicht unerhebliche Summen der Girokasse entnommen und an Bekannte und Verwandte ausgeteilt wurden und man ist etwas erstaunt, daß mit Ausnahme des Konditorbesizers Vogel kein weiterer Angestellter von Sparkassengeldern auf der Anklagebank sitzt. Die eingehende Bernehmung des Gründel ergab, daß er wußte, daß solche Kreditgeschäfte nicht eigenmächtig getätigt werden dürfen. Tatsächlich waren aber solche Geldentnahmen üblich und von allen Kreditgeschäften soll Paul unterrichtet worden sein; ja, er soll immer seine ausdrückliche Genehmigung erteilt haben. Aber auch dem Gründel gegenüber zeigten sich die Kreditnehmer erkenntlich. Er durfte Autofahrten mitmachen und verkehrte in den Regelmäßig „Knoke“ und „Feiner Ton“; auch fiel einmal ein Kleid für seine Frau ab. Alle diese guten Kunden der Giroabteilung benutzten immer die Hintertür.

Der Angeklagte Tannhäuser bestreitet, selbst Geld aus der Kasse genommen zu haben. In diejenigen, die Kredit nachgefragt, habe er nur mit Genehmigung und auf Anweisung des Paul gehandelt. Wenn er es nicht getan hätte, wäre ihm Paul in grober Weise entgegen getreten, der sogar die Vorgesetzten grob anführte. Dieser Angeklagte, der damals Kassierer der Giroabteilung war, hat nie Bedenken gegen eine Zahlung des Geldes, da alle Anweisungen des Paul getragen hätten. Eine unerwartete Revision der Kasse war nicht zu fürchten, denn kommende

Revisionen waren den Beamten und Angestellten immer bekannt

und wenn eine außerordentliche Revision bevorstand, wußte unumwundeltens Paul davon. So konnten dann immer die Fehlbeträge vorher verschwinden und die Kasse stimmend gemacht werden. Gründel wie auch Tannhäuser betonten, daß sie angenommen hätten, Paul habe der Direktion die Fehlbeträge gemeldet; denn es war eine Verfügung im Jahre 1915 ergangen,

Schweres Sittlichkeitsverbrechen an dreijährigem Mädchen

In Grundstück Bohrauer Straße 125 ist gestern nachmittags 13,30 Uhr an einem dreijährigen Mädchen aus dem gleichen Hause ein schweres Sittlichkeitsverbrechen verübt worden. Das Kind war mit seiner Mutter einkaufen gegangen und wurde dann von ihr mit Semmeln nach Hause geschickt, während die Mutter noch weitere Besorgungen erledigte. Im Hause muß dann das Kind wegemagtigt worden sein. Es ist am Unterleib schwer verletzt worden. Als die Mutter des Mädchens eine Bierkundschaft zurückkam, begegnete ihr an der Haustür ein Mann, der sich nach im Gehen seine Hosen zupfropfte. Als sie in ihrer Wohnung kam, sah sie an ihrem Töchterchen verübten Verbrechen erfüllt, lief sie sofort dem Manne nach, der zweifellos als der Unhold in Frage kommt. Er hatte jedoch schon einen großen Vorsprung und er meinte, daß er verfolgt wurde, begann er zu rennen und zu fluchen. Der gefährliche Bursche trug braune Mantelstiefeln, blaues Jackett und blaue Sportmütze mit Schild.

wonach einmal den Angestellten Spekulationen verboten und verlangt wurde, Mankos sofort zu melden.

Virka war geständig, 1800 Mark, wovon jetzt noch ein Rest von 1881 Mark vorhanden ist, aus der Kasse mit Genehmigung des Paul entnommen zu haben.

Stanelle hat 700 Mark durch Paul aus der Kasse entliehen, mit dem Bemerkten, daß die Rückzahlung nicht so eilig sei.

Schega hat keinerlei Vorteil davon gehabt, daß er bei der Kontenabfertigung mitwirkte. Die Anklage macht ihm aber zum Vorwurf, daß er die Pflicht gehabt hätte, Unregelmäßigkeiten zu melden. Er erklärt darauf, daß doch Paul sein Vorgesetzter gewesen ist und bei Meldung an die Direktion wäre die Beschwerde zurück an Paul gegangen, und er hätte dann mit seiner Entlassung rechnen müssen. Mit der Bernehmung dieses Angeklagten wurde der erste Verhandlungstag beendet.

Am heutigen Tag sind noch Wagner, Michallet, Sohrantke und Vogel zu vernehmen; auch sind bereits die ersten drei Zeugen geladen, und zwar Stadtkämmerer Dr. Friedel, Kaufmann Max Hoffmann und Sparkassenkassierer Bäsler. Die Laienrichter, die sich in diese schwierige Materie einarbeiten sollen, sind Buchdrucker August Hejnitz und der Kaufmann Fritz John. Als Hilfschöffe ist der Techniker

Menschen und Masken

Es ist gleich ob man nur beunruhigt ist über das tolle Treiben in der Faschingszeit, ob man selbst mit hineingezogen wird in den Taumel dieser lebendigen und pridelnden ausgelassenheit, es ist gleich, so meine ich, ob man selber mittut, oder das Ganze von einer gewissen Distanz aus betrachtet, denn irgendwie, unmittelbar oder durch entfernte Umstände berührt uns die Zeit des Faschings und des Maskenabends, die Zeit der überschwenglichen Fröhlichkeit mit ihren Papiergeirlanden und allem lustigen Fixierfang wohl doch. Nur ist es ein Unterschied, wie jeder einzelne von uns dazu steht und was er darüber denkt. Man gibt den lustigen Festen und Veranstaltungen dieser Tage ein besonderes Bild, teils um die Fröhlichkeit zu heben, zum andern Teil ist es nichts weiter — vom Geschäftsmann aus gesehen wenigstens — als die Ausnutzung der Konjunktur. Dort veranstaltet man einen Zille-Ball oder einen Lumpenball mit Prämierung, hier heißt es „Böler-Bühen-Ball“, „Alles verkehrt“ oder „Kunlerbunt“. Und hinter allem ist nichts weiter, besteht man es recht, als der Versuch, den Fasching und seine gute Laune und die lockern Gelbbbeutel recht kräftig auszunutzen und den Trubel mitzuerleben.

Welch lustige Ergebnisse sind da. Jeder Verein — und wieviel Vereine haben wir — veranstaltet für seine Mitglieder einen Maskenball. Nun bedenke man, daß ein Mann wie Herr Dünnebier aus beruflichen, gesellschaftlichen und sonstigen Interessen in so und so viel Vereinen sein muß. Alle veranstalten sie Bälle. Zu einem muß man gehen. Und wenn hier die schwere Wahl getroffen ist, denn man möchte doch aus beruflichen, gesellschaftlichen und sonstigen Gründen niemanden vor den Kopf stoßen, dann tut sich die große Frage auf, als was gehe ich nun?

Herr Dünnebier schwankte zwischen einem Orientalen und einem griechischen Olympiatämpfer, aber je mehr er für das eine entschlossen war, um so mehr schien ihm das andere möglich. So schwankte Dünnebier wochenlang. Aber die Zeit rückte näher. Es ist schon am Tage des Maskenballes, da entschließt er sich, zu einem Maskenverleiher zu gehen, in der Hoffnung, dort noch etwas Passendes zu finden. Das Schöne ist schon verfliegen, stellt Dünnebier fest, aber er findet noch eine blühendere Uniform und geht als Wallenstein. Er hat noch Glück gehabt. Herrn Muthwillig ist noch Schlimmeres passiert. Der kommt zum Verleiher als nichts mehr zu haben ist. Muffos und ohne Hoffnung und



„Ich denke das is en Lumpenball? und denn hat der 'n Zylinder auf.“ „Na, ist es etwa nich och Lumpen mit Zylinder?“

Freude geht Muthwillig nun dennoch zum Maskenball, um wenigstens dabei zu sein. Als er in den Saal tritt, empfängt man ihn mit tosendem Gejohle, er habe die beste Maske, er, Muthwillig, habe den ersten Preis. Darüber wundert Muthwillig sich heute noch.

Aber auf der andern Seite. Wie unvergeßlich ist mir jenes Bild geblieben. Vor einem Säulenanstrich stehen zwei ärmlich gekleidete, notleidende Menschen, aller Fröhlichkeit und allem Festtrubel so fern, weil immer wieder der Mittag mit Not und Gend erbarmungslos anpakt, sie stehen vor jenem Säulenanstrich und lesen: Zille-Ball. Karten für Herren 5, für Damen 3 Mark. Die beste Maske wird prämiert. Sie selbst sind Gestalten aus diesem Zille-Mitteln; ihr ganzes Leben lang, sie werden es wohl immer sein im Leben, weil ein verachtetes System sie dazu zwingt, und betrachten mit erschütternder Erkenntnis das Plakat derjenigen, denen es gefällt, denen es billige Scherze des Karnevals sind, jene Typen nachzugestalten. Die beiden dort wissen, kämen sie dort hinein, würde man sie mit Hohn und Jubel als „beste Type“ krönen, so aber wird einer mit lächerlich lächerlicher Nachahmung prämiert, einer der die Maske trägt, aber der nicht weiß, wie unglücklich traurig und elend es in den Herzen dieser Bedauernswerten ausseht mit Würde jener Sieger auf dem Karneval mit den künstlich gekleideten Hosen so hungrig sein und so fesselkrank in der Armut wie jene dort, er würde weniger lachend durch den Saal tanzen und er würde gern auf die Geklafften verzichten, um lieber Arbeit und guten Lohn dagegen einzutauschen. Aber es sind eben Masken, schlechte Masken, finstlos und voll Ungerechtigkeit.

Karl Ritter anwesend. Sechs Verteidiger stehen den Angeklagten zur Seite, und zwar die Rechtsanwälte Salz, Esaja, Waldmann, Erich Weiß, Götz und Singer.

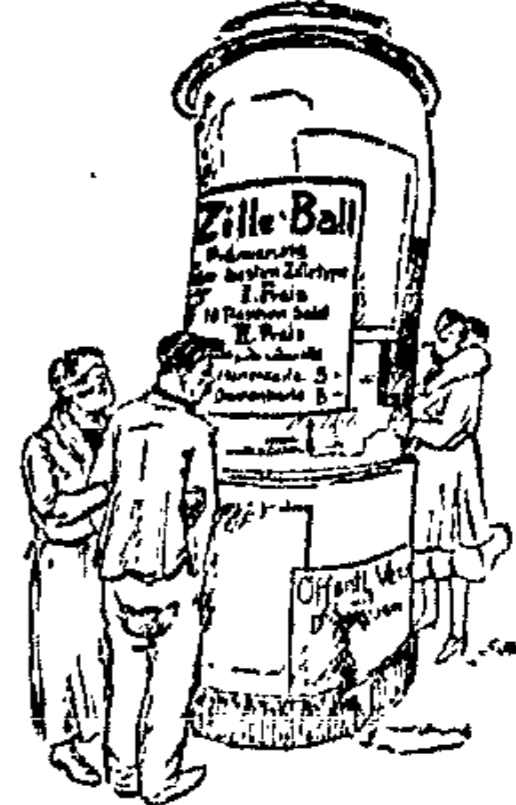
Wie immer bei großen Prozessen, ist der Zuhörerraum am ersten Tage gut besetzt; trotzdem ist das Interesse an dieser Angelegenheit durch die jahrelange Dauer der Voruntersuchung ganz erheblich erlahmt, wenigstens die Besetzungen bei der Sparkasse vor fünf Jahren auch erhebliches Aufsehen erregten.

Berufung im Molinari-Prozeß

Der umfangreiche Molinari-Prozeß wird in absehbarer Zeit nochmals die Große Strafkammer als Berufungsinstanz beschäftigen, denn der Kaufmann Arnold Grizmet hat durch seinen Verteidiger Justizrat Bied Berufung einlegen lassen, gegen das Urteil des Erweiterten Schöffengerichts, das ihn zu einem Jahre und zwei Monaten Gefängnis verurteilte. Auch Urban, der zu 500 Mark Geldstrafe und Kantelberg, der zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, haben durch ihre Rechtsanwälte Berufung einlegen lassen. Ob auch Molinari Berufung einlegen wird, der bekanntlich zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, war bis jetzt nicht zu erfahren. Wenn aber auch nur Grizmet, Urban und Kantelberg Berufung einlegen sollten, so muß doch die ganze Materie noch einmal aufgerollt werden, so daß auch der Berufungsprozeß mindestens die gleiche Dauer wie die erste Instanz in Anspruch nehmen dürfte.

Nunmehr hat auch die Staatsanwaltschaft bei sämtlichen Angeklagten, auch bei Molinari, Berufung angemeldet. Bekanntlich hatte der Staatsanwalt erheblich höhere Strafen beantragt. Eine Berufung von Seiten des Molinari war bisher noch nicht eingegangen. Er dürfte auch damit ganz richtig handeln, denn eine Strafsenkung ist ihm sicher, und zwar nicht nur wegen seines Alters, sondern auch wegen seiner ganzen Person, die in die strafbaren Geschäfte nur mit hineingezogen wurde aus Geschäftsuntätigkeit.

Aber seien wir ein wenig optimistischer. Kann man es den Leuten nicht verdenken, daß sie in dieser Zeit voller Sorgen und Traurigkeit nicht einmal mitgeriffen werden vom Trubel der Karnevalszeit? Ist es nicht berechtigt, daß beispielsweise Herr Schmidt sich völlig einmal vom Alltag löst, für ein paar Stunden, für eine Nacht nur, und zum Maskenball geht, nur um endlich einmal für diese kurze Zeit nicht mehr Herr Schmidt, der Tischler oder Schloßer, zu sein, sondern in der stolzen Maske Napoleons oder Kaiser Neros oder was es auch sei, ein fröhlich-lustiges Leben zu führen? Denn er ist wahrhaftig ein anderer. Bis um Mitternacht, bis zur Demaskierung ist er, wenn nicht gerade der außerordentliche Napoleon selbst, so doch ein unbekannter, jedenfalls alles andere, als der Tischler Gustav Schmidt. Und so lustig es aussehen mag, wenn der Kaiser Nero von seiner Frau, die sich inswischen als festsche Salome entpuppt hat, noch eine Stulle mit Kaiser-Jagd-Wurst verlangt, es liegt das Verbundensein mit der



„Na, das is woll nicht for uns!“

trauten Häuslichkeit darin, und die unbewußte Ahnung, nun wieder trotz der glühenden Kostüme mitten im Alltag zu stehen, hat in dieser karnevalsfreudigen Sarmlosigkeit etwas Kührendes. Man hat für ein paar Stunden das Weingende seiner Pflicht vergessen, und dafür schon ist man dem Prinzen Karneval dankbar. Man darf einmal etwas anderes sein, als man sonst im Leben ist. Die geheimsten Wünsche erfüllt mancher sich in diesen launigen Scherzen. Wir wollen ehrlich sein, viele meinen es bitter ernst mit ihren Faschingsmasken.

Und nun wollen wir einmal ehrlich sein. Sind wir nicht alle Masken? Masken des Lebens? Eben schon weil wir Menschen sind? Es ist billig, das zu fragen, scheint mir, aber wohl auch berechtigt, weil wir uns dessen nur allzu wenig bewußt sind. Man sehe sich den Ladel an, den subalternen Portofassensjüngling, der am Abend geschminkt und geputzt mit Eleganz und Distinktion in der Bar haßt, man sehe die Frauen, die niemals vollenendet schön immer wieder neu und besser das Gesicht bemalen, und jene Typen, die sich nur wohlfühlen, wenn sie eine besondere Luft am Abbe haben. Masken sind es alles, Masken des Lebens, ewige Masken. Jene bewußten Masken einer fröhlichen Nacht sind ehrlich und angenehm, sie erheitern das ernste Leben etwas und bringen ein wenig Freude, die andern aber, die sich einen zweiten Menschen überhängen, nur um ihre traurige Lächerlichkeit zu verdecken, erschweren sich gegenseitig das Leben und machen es noch unerträglicher als es schon ist.

Walter Wiebed.



„Ewige Masken!“

# Öffentliche Mieterversammlung in Dürren

Eine vom Neumieterschutzbund einberufene öffentliche Mieterversammlung am 28. Februar im Lokal Schneider, zu der die Mietbesitzer von Dürren, Markstraße und die Neubaumietler der Dürrenstraße eingeladen waren, beschloss sie sich mit der Mieterbildung und den beidseitigen Mieterstreit im Zempel und Eichborngarten. Als Referent war anwesend der Vorsitzende des Neumieterschutzbundes, Genosse Widerra, der es sehr gut verstand, das schwierige Problem der Wohnungs- und Mietpolitik im allgemeinen und insbesondere für Breslau den Zuhörern vor Augen zu stellen. Aus allen Werten Breslaus, aber auch aus der Provinz und aus dem Reich kamen zahlreichere Erklärungen über die Notwendigkeit der öffentlichen Erziehung zur Mietproblematik und einer tragbaren Miete überhaupt. Was will die Neumieterschutzbewegung? Besteht die Aufgabe der Hauszustimmung, Herabsetzung der Baumaterialpreise, Zuschüsse zur Zinsverbilligung, größere Kontrolle der gemeinnützigen Wohnungs- und Baugesellschaften. Aus den Kreisen der privaten Neubaumietler, die sich mehr und mehr unserer Bewegung anschließen, sei nur ein Beispiel genannt, wie wir hinkommen würden, wenn nicht die preisregulierende Tätigkeit der öffentlichen Hand eingreife.

Eine Reihe einschlägiger Beschlüsse werden 1930 eine völlige Umgestaltung erfahren. So dränge alles auf Entscheidung hin und mehr wie bisher müsse der letzte Neubaumietler und Mietbesitzer in die Front des Neumieterschutzbundes. Der Vortrag wurde reichlich aufgenommen. Es wurde noch folgende Entschließung angenommen: „Die am 28. Februar 1930 im Schneiderischen Lokal in Dürren tagende öffentliche Mieterversammlung beglückt die Tätigkeit des Neumieterschutzbundes Breslau im Kampf der Mietbesitzer in Zempel und Eichborngarten um Erzielung einer wirtschaftlich tragbaren Miete. Sie verpflichtet den streikenden Mietern die vollste Sympathie und finanziellen Hilfe im Rahmen des Möglichen. Gleichzeitig appelliert die Versammlung an alle Parteien des Stadtparlamentes, die Stellen, die Neubaumietlungen auszuführen, zu veranlassen, die mieterfeindlichen Maßnahmen sofort abzubrechen. Eine Regelung im Sinne der Bestrebungen des Neumieterschutzbundes Breslau ist mehr als bisher durchzuführen.“

Alle Breslauer Parlamentarier werden als Vertreter der Bürgerlichkeit erachtet, ihre ganze Kraft für eine landesgesetzliche Regelung der Mieterverhältnisse einzusetzen. Die jetzigen für die Mieter unerträglichen Verhältnisse erfordern dringend das größte Interesse aller hierfür verantwortlichen Stellen. Nicht nur Beratungen, sondern alsbaldige praktische Maßnahmen zur Abhilfe sind notwendig.“ Ferner wurde noch auf die am Mittwoch, dem 5. März, 20 Uhr, stattfindende Kundgebung im großen Saal des „Schleierwerbers“ hingewiesen.

## Steuertaxen für März 1930

- 5. März: Lohnabzug für die Zeit vom 16. bis 28. Februar. Keine Schonfrist.
  - 10. März: Anmeldung und Zahlung der Börzennachzahlung für Februar im Verrechnungsverfahren.
  - 15. März: Grundvermögenssteuer nebst Zuschlägen und Hauszinssteuer.
  - 20. März: Lohnabzug für die Zeit vom 1. bis 15. März. Keine Schonfrist.
  - 31. März: Ablauf für Anträge auf Lohnsteuererstattung für 1929. Keine Schonfrist.
- Einkommensteuer- und Körperschaftsteuerzahlungen sind erst wieder im April fällig.

## Mit 70 Kilometer durch die Kurve

Durch das überaus rücksichtslose Verhalten eines Kraftwagenführers kam am 25. August vorigen Jahres ein blühendes Mädchenleben zu Tode. An dem genannten Tage fand in Cantic ein Unfall statt. Gegen 12 Uhr gingen die Schülerinnen der Augusta- und Margaretenstraße aus Breslau zum Bahnhof in Cantic. Unter diesen jungen Mädchen befand sich auch die 22 Jahre alte Charlotte Sabisch. Plötzlich kam der 22 Jahre alte Badermeistersohn Gotthard Mawald aus Kossenblut mit seinem Auto in rasender Geschwindigkeit daher. In einem Tempo von 60 bis 70 Kilometern durchfuhr er, ganz dicht am Bürgersteig entlang, eine unübersehbare Kurve. Er wäre vielleicht auch weitergefahren, wenn nicht plötzlich von seinem Auto eine Scheibe zerbrach und ihm die Splitter auf den Kopf gefallen wären. Er hielt er sein Auto an und lechzte nach Luft, bis er erfuhr, daß er mit seinem Wagen zwei junge Mädchen gestreift und ein drittes so angefahren hatte, daß es in großen Bogen weggeschleudert und an einen Baum geworfen wurde. Durch den wuchtigen Anprall an den Baum hatte Säbisch lebensgefährliche Verletzungen davongetragen. Mit mehreren Schädelbrüchen, Gehirn- und Lungenblutungen wurde es ins Krankenhaus geschafft und operiert, doch nach zwei Tagen verstarb es. Am Sonnabend stand Mawald vor dem Erweiterten Schöffengericht, um sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab, daß er viel zu schnell gefahren und daß er mit seinem Wagen auch viel zu nahe an den Bordstein des Bürgersteiges gekommen war. Besonders unverantwortlich war es von ihm, daß er selbst in der Katastrophe nur leicht bedingte Verletzungen davonkam. Das Gericht erkannte gegen ihn auf fünf Monate Gefängnis, bewilligte ihm aber Strafaussetzung. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

## Kampfe im Zirkus Busch

Heute Spieder-Kämpfer und Ahrens-Critik.

Am Montag wurde die Begegnung des Dresdener Kämpfers mit dem Dortmunder Ahrens erneut angelebt. Der auf Wunsch von Kämpfer angelegte Protestkampf außer Konkurrenz sah

## Theater und Musik

### Theater

Stückspiel bis Dagover: „Das Geheimnis der Bera Mirzema“ von Urwanjoff und Spindler

Es wäre wahrlich besser gewesen, wenn das „Geheimnis der Bera Mirzema“ der Öffentlichkeit verborgen geblieben wäre. Es ist völlig belanglos und uninteressant, allen Möglichkeiten psychologischer oder dramatischer Vertiefung aus dem Wege gehend, bestenfalls Stoff für eines der üblichen Kino-Dramen. Bera Mirzema, die Frau eines Staatsanwalts, tötet ihren erpresserischen Geliebten bei einem abendlichen Besuch in seinem Zimmer. Der Schuß fällt gleich im ersten Akt. Das ist beruhigend für den Zuschauer, der nun das Geheimnis Beras kennt und seine Nerven vor weiterer Revolver-Spielerei verschont weiß. Zwei Akte lang quält sich nun Bera mit der Angst vor Entdeckung ihrer Tat herum, bis sie im letzten Saute des Stückes ihrem bisher vernachlässigten, jetzt aber als Freund benötigten Gasten ein Geständnis ablegt.

Die Dagover ist eine angehende Erziehungswissenschaftlerin. Sie hat einen schönen bleichen Körper und ein lebhaftes Mißgeschick. Diesen Eigenschaften, die sie zu einer in bekannten Bühnenwelt gemacht haben, fügt die Schauspielerei nicht viel hinzu: die Stimme klingt am Sonnabend matt und gleichsam gebrochen, die Bewegungen wirken technisch geschult, der Gesamteindruck war angenehmes Mittelmaß. Ganz gelegentlich konnten die eckigen Linien einer sich quälenden Frau die lähmenden Beissen des so schlechten Stückes durchbrechen.

Das „Ensemble“ war allerbestehenden Ansprüchen an-

## Krohn und Scherz

Am Mittwoch, dem 19. März, 20 Uhr, veranstaltete der „Krohn und Scherz“-Verein, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Bundes, gemeinsam mit dem Arbeiter-Bildungs-Kreis Breslau, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, einen

Feiern überabend: „Krohn und Scherz“.

Männerchöre aller und neuer Zeit. Leitung: Ernst August Vockel, unter Mitwirkung der Viktor-Kammermusik-Vereinigung des Schauspielhauses Breslau: Erik John (Rolle), Reinhold Birke (Dobe), Oskar Riedel (Larinelle), H. Hornemann (Waldhorn), Gustav Siegel (Ragott). Es werden ferner zum Vortrag gebracht von Verbi, Dandl, Marschner, Mozart u. a. Eintrittspreis 0,80 Mark. Arbeiter-Bildungs-Kreis Breslau.

Diesmal nach einer Stunde vier Minuten Kampf siegreich, der Ahrens zwölf Minuten in die Brücke zwang und diese dann einbrechen konnte. Im ersten Kampf des offiziellen vier Kämpfer umfassenden Programms war es dann dem Erweiterten Hans Schwarz-Willingen vergönnt, den Argentinier Febringer schon nach 8:58 Minuten durch Untergriff von vorn zu besiegen. Karl-Schwertnick machte gegen Jan Jaago gerade keine glückliche Figur. Trotzdem erzog er in den ersten Gängen ein Unentschieden. Recht lebhaft rangen der Breslauer Wooshoff und Emonds-Köln miteinander. Beide bevorzugten raschen Angriffstil, so daß man ob der zahlreichen Variationen ihrer Griffe aus dem Staunen nicht herauskam. Man kann auf den Entscheidungskampf gespannt sein. Der Schlusssampf des Abends zwischen dem Polen Winczyl und dem Sibirier Grizis mußte nach 55 Minuten Gesamtrigkeit wegen Eintritts der Polizeistunde abgebrochen werden. Winczyl hatte den Sibirier durch seinen Doppelknoten schon arg demütigt, ehe diesen die zwölfte Stunde rettete. Im heutigen Dienstag ringen Wooshoff-Breslau gegen Winczyl-Polen, Syedler-Breslau gegen Kämpfer-Dresden, in Entscheidung Ahrens gegen Grizis und in Entscheidung Peterjon-Lettland gegen Emonds-Köln. Ein Programm, das spannenden Ringkampf sport verspricht.

## Gefährliches Eis

Ein Schüler auf der alten Ober eingebrochen - Zwei Retter ereilt das gleiche Schicksal

Als sich gestern nachmittag mehrere Schüler auf dem durch die warme Temperatur längst brüchig gewordenen Eis der alten Ober tummelten, brach etwa 400 Meter unterhalb des Nadelwehres der Schüler Franz Paulla, Herzogstraße 88/85, wohnhaft, in der Mitte des Stromes ein und stürzte in das Wasser. Der am Ufer vorbeigehende Arbeiter Gerhard Schrader aus der Füllensstraße und der Schüler Fritz Jeschke aus der Selenstraße versuchten den Knaben zu retten, brachen aber selbst ein. Da andere Passanten inzwischen die Feuerwehr alarmiert hatten, konnten alle drei Personen glücklicherweise gerettet werden. Sie wurden in das Herzhilgen-Hospital geschafft.

## Doppelseitigermordbruch

Breslauer Pechespaar versucht in einem Biegiger Hotel mit dem Leben Schatz zu machen

In einem Hotel in Biegitz hatten sich dieser Tage ein 27jähriger Heizer aus Breslau und seine ebenfalls in Breslau wohnende Frau eingemietet und unternahmen in ihrem Zimmer einen Selbstmordbruch. Sie nahmen zuerst Morphium zu sich und brachten sich dann mit einer Raserlinge mehrere Verletzungen an den Wuladern bei. Als wegen des langen Fernbleibens das Zimmer geöffnet wurde, gab die Verletzte noch Lebenszeichen von sich und wurden in das Krankenhaus geschafft, wo sich der Zustand bald besserte. Ueber das Motiv ist bisher nichts bekannt.

## Ein wirkliches krummes Ei

Bei einem Besucher in Breslau-Carlwitz konnte man in einem Führerfall ein eigenartiges Naturpiel beobachten. Als die Tochter nachschau hielt, ob die Henne ein Ei gelegt hat, stellte sie fest, daß diese ein wirkliches krummes Ei legte. Es hat die Form einer Bohne und ist in der Mitte seiner Ellipse vollständig eingebogen. Das unnormale Ei selbst ist gut und die Schale ebenso stark wie die eines normalen Eies. Aufsehenerregend muß das Ei, als es noch im Hühner begriffen war, durch einen harten Druck im Körper der Henne die anormale Figur erhalten haben. Das Tier ist sonst gesund und legte vorher stets normale Eier.

## Leo Trojki, der Genosse ohne Visum

Unter diesem Motto haben wir am Sonnabend, 8. März, in der Ceciliaenschule auf der Talschstraße eine Veranstaltung. Redner ist Genosse Max A. Als Umrahmung dienen Regitationen, Musik und Gesang. Wir bitten Partei- und Jugendgenossen um zahlreiches Erscheinen. Beginn 20 Uhr. Unkostenbeitrag 20 Pf.

**Silberhochzeit feiert heute der Bauarbeiter Paul Kuman und seine Ehefrau Johanna geb. Jendritzka aus Breslau-Friedewalde.** Die „Volkswacht“ ist seit seiner Verheiratung im Hause, derselbe ist gewerkschaftlich und beide politisch viele Jahre organisiert. Wir gratulieren.

**Silberhochzeit.** Der Genosse Karl Seifert, aus Oswig, feiert heute mit seiner Ehefrau das 25jährige Ehejubiläum. Er ist seit 1906 Parteimitglied, Leiter der „Volkswacht“ und auch gewerkschaftlich organisiert. Wir gratulieren.

gepaßt. Ganz sympathisch wirkte der uns aus seiner früheren Breslauer Tätigkeit gut bekannte Kurt Ehrle, der allerdings eher einem pommerischen Landgeistlichen als einem russischen Staatsanwalt vor 1914 glich. Zu nennen wären sonst noch Erna Ketzberg, die eine alberte Pate ganz erfolgreich darstellte und der verwahrloste und verwirrte Freund des Ermordeten, John Gottowit, der auch die Regie führte.

Warum in allen drei in verschiedenen Häusern spielenden Akten derselbe Besuchungskörper erhalten wurde (ohne daß sonst von irgend einer „Normung“ etwas da war), ist bei aller Rücksicht auf die bestehenden Theaterverhältnisse unerschwinglich.

Der Intendant jedoch die Bitte: wenn schon Gastspiele dann wirklich lohnend! Sonst begnügen wir uns lieber mit unseren eigenen, im allgemeinen qualitativ so hochstehenden Breslauer Aufführungen, zumal wenn (wie am Sonnabend) neben der inneren Bereicherung des Zuschauers auch die äußere der Theaterkasse ausbleibt!

### 2. Abend

Dem vorstehenden Bericht ist auf Grund des zweiten Abends fast nichts hinzuzufügen. Das Lustspiel, das am Sonntag gegeben wurde, war ein feiner Schwanz, dabei noch witzig und ohne jede Pointe. Frau Dagover erwies sich wieder als eine harmonische, reiche Frau, die sich ausgezeichnet anschauen ließ, aber mit der aller Beständigkeit des Mühenpiels doch im Grunde ausdrucklos. Feilich Kurt Ehrle, der diesmal einen trostlos-gutwilligen Chemann spielt, der dann plötzlich energisch und dabei sogar eine gewisse Scharfbild entwickelt, hat eine glückliche, sympathische Leistung. Der beim Aufsetzen des Stoffes zuerst nazistische Besatz maue nachher langsam ab

**Sozialdemokratische Partei**  
Partei-Zentralrat  
Gewerkschaftsbund 11. März 1927 - 120  
Telefon Nummern 9000 - 9005  
Gründer außer Sonabend von 8-1 und 8-2 Uhr

Die 3. Sitzung am 8. März, 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal, Familienabend. Mitwirkende: Wägnerscher Breslau, Willi Brandt, Die 4. Sitzung 20 Uhr bei Kofsch, Wulffstraße, Funktionär- und Dienstleistungsabend.  
Die 5. Sitzung 20 Uhr bei Belegner, Bergmannstraße 12, Siedelabend.  
Die 6. Sitzung 20 Uhr im Wulff-Kaufhaus, Wulffstraße 14, Siedelabend.  
Die 7. Sitzung 20 Uhr bei Kofsch, Wulffstraße 14, Siedelabend.  
Die 8. Sitzung 20 Uhr bei Kofsch, Wulffstraße 14, Siedelabend.  
Die 9. Sitzung 20 Uhr bei Kofsch, Wulffstraße 14, Siedelabend.

### Jungsozialisten

Jugend. Heute Dienstag findet im „Goldenen Fester“ auf der Schmelzstraße, unter Mitwirkung des Dr. Tesch, Tagesordnung: 1. Jugendfeier, 2. Organisatorischer Bericht, 3. Beschlüsse, 4. Briefe, 5. Briefe, 6. Briefe, 7. Briefe, 8. Briefe, 9. Briefe, 10. Briefe, 11. Briefe, 12. Briefe, 13. Briefe, 14. Briefe, 15. Briefe, 16. Briefe, 17. Briefe, 18. Briefe, 19. Briefe, 20. Briefe, 21. Briefe, 22. Briefe, 23. Briefe, 24. Briefe, 25. Briefe, 26. Briefe, 27. Briefe, 28. Briefe, 29. Briefe, 30. Briefe, 31. Briefe, 32. Briefe, 33. Briefe, 34. Briefe, 35. Briefe, 36. Briefe, 37. Briefe, 38. Briefe, 39. Briefe, 40. Briefe, 41. Briefe, 42. Briefe, 43. Briefe, 44. Briefe, 45. Briefe, 46. Briefe, 47. Briefe, 48. Briefe, 49. Briefe, 50. Briefe, 51. Briefe, 52. Briefe, 53. Briefe, 54. Briefe, 55. Briefe, 56. Briefe, 57. Briefe, 58. Briefe, 59. Briefe, 60. Briefe, 61. Briefe, 62. Briefe, 63. Briefe, 64. Briefe, 65. Briefe, 66. Briefe, 67. Briefe, 68. Briefe, 69. Briefe, 70. Briefe, 71. Briefe, 72. Briefe, 73. Briefe, 74. Briefe, 75. Briefe, 76. Briefe, 77. Briefe, 78. Briefe, 79. Briefe, 80. Briefe, 81. Briefe, 82. Briefe, 83. Briefe, 84. Briefe, 85. Briefe, 86. Briefe, 87. Briefe, 88. Briefe, 89. Briefe, 90. Briefe, 91. Briefe, 92. Briefe, 93. Briefe, 94. Briefe, 95. Briefe, 96. Briefe, 97. Briefe, 98. Briefe, 99. Briefe, 100. Briefe, 101. Briefe, 102. Briefe, 103. Briefe, 104. Briefe, 105. Briefe, 106. Briefe, 107. Briefe, 108. Briefe, 109. Briefe, 110. Briefe, 111. Briefe, 112. Briefe, 113. Briefe, 114. Briefe, 115. Briefe, 116. Briefe, 117. Briefe, 118. Briefe, 119. Briefe, 120. Briefe, 121. Briefe, 122. Briefe, 123. Briefe, 124. Briefe, 125. Briefe, 126. Briefe, 127. Briefe, 128. Briefe, 129. Briefe, 130. Briefe, 131. Briefe, 132. Briefe, 133. Briefe, 134. Briefe, 135. Briefe, 136. Briefe, 137. Briefe, 138. Briefe, 139. Briefe, 140. Briefe, 141. Briefe, 142. Briefe, 143. Briefe, 144. Briefe, 145. Briefe, 146. Briefe, 147. Briefe, 148. Briefe, 149. Briefe, 150. Briefe, 151. Briefe, 152. Briefe, 153. Briefe, 154. Briefe, 155. Briefe, 156. Briefe, 157. Briefe, 158. Briefe, 159. Briefe, 160. Briefe, 161. Briefe, 162. Briefe, 163. Briefe, 164. Briefe, 165. Briefe, 166. Briefe, 167. Briefe, 168. Briefe, 169. Briefe, 170. Briefe, 171. Briefe, 172. Briefe, 173. Briefe, 174. Briefe, 175. Briefe, 176. Briefe, 177. Briefe, 178. Briefe, 179. Briefe, 180. Briefe, 181. Briefe, 182. Briefe, 183. Briefe, 184. Briefe, 185. Briefe, 186. Briefe, 187. Briefe, 188. Briefe, 189. Briefe, 190. Briefe, 191. Briefe, 192. Briefe, 193. Briefe, 194. Briefe, 195. Briefe, 196. Briefe, 197. Briefe, 198. Briefe, 199. Briefe, 200. Briefe, 201. Briefe, 202. Briefe, 203. Briefe, 204. Briefe, 205. Briefe, 206. Briefe, 207. Briefe, 208. Briefe, 209. Briefe, 210. Briefe, 211. Briefe, 212. Briefe, 213. Briefe, 214. Briefe, 215. Briefe, 216. Briefe, 217. Briefe, 218. Briefe, 219. Briefe, 220. Briefe, 221. Briefe, 222. Briefe, 223. Briefe, 224. Briefe, 225. Briefe, 226. Briefe, 227. Briefe, 228. Briefe, 229. Briefe, 230. Briefe, 231. Briefe, 232. Briefe, 233. Briefe, 234. Briefe, 235. Briefe, 236. Briefe, 237. Briefe, 238. Briefe, 239. Briefe, 240. Briefe, 241. Briefe, 242. Briefe, 243. Briefe, 244. Briefe, 245. Briefe, 246. Briefe, 247. Briefe, 248. Briefe, 249. Briefe, 250. Briefe, 251. Briefe, 252. Briefe, 253. Briefe, 254. Briefe, 255. Briefe, 256. Briefe, 257. Briefe, 258. Briefe, 259. Briefe, 260. Briefe, 261. Briefe, 262. Briefe, 263. Briefe, 264. Briefe, 265. Briefe, 266. Briefe, 267. Briefe, 268. Briefe, 269. Briefe, 270. Briefe, 271. Briefe, 272. Briefe, 273. Briefe, 274. Briefe, 275. Briefe, 276. Briefe, 277. Briefe, 278. Briefe, 279. Briefe, 280. Briefe, 281. Briefe, 282. Briefe, 283. Briefe, 284. Briefe, 285. Briefe, 286. Briefe, 287. Briefe, 288. Briefe, 289. Briefe, 290. Briefe, 291. Briefe, 292. Briefe, 293. Briefe, 294. Briefe, 295. Briefe, 296. Briefe, 297. Briefe, 298. Briefe, 299. Briefe, 300. Briefe, 301. Briefe, 302. Briefe, 303. Briefe, 304. Briefe, 305. Briefe, 306. Briefe, 307. Briefe, 308. Briefe, 309. Briefe, 310. Briefe, 311. Briefe, 312. Briefe, 313. Briefe, 314. Briefe, 315. Briefe, 316. Briefe, 317. Briefe, 318. Briefe, 319. Briefe, 320. Briefe, 321. Briefe, 322. Briefe, 323. Briefe, 324. Briefe, 325. Briefe, 326. Briefe, 327. Briefe, 328. Briefe, 329. Briefe, 330. Briefe, 331. Briefe, 332. Briefe, 333. Briefe, 334. Briefe, 335. Briefe, 336. Briefe, 337. Briefe, 338. Briefe, 339. Briefe, 340. Briefe, 341. Briefe, 342. Briefe, 343. Briefe, 344. Briefe, 345. Briefe, 346. Briefe, 347. Briefe, 348. Briefe, 349. Briefe, 350. Briefe, 351. Briefe, 352. Briefe, 353. Briefe, 354. Briefe, 355. Briefe, 356. Briefe, 357. Briefe, 358. Briefe, 359. Briefe, 360. Briefe, 361. Briefe, 362. Briefe, 363. Briefe, 364. Briefe, 365. Briefe, 366. Briefe, 367. Briefe, 368. Briefe, 369. Briefe, 370. Briefe, 371. Briefe, 372. Briefe, 373. Briefe, 374. Briefe, 375. Briefe, 376. Briefe, 377. Briefe, 378. Briefe, 379. Briefe, 380. Briefe, 381. Briefe, 382. Briefe, 383. Briefe, 384. Briefe, 385. Briefe, 386. Briefe, 387. Briefe, 388. Briefe, 389. Briefe, 390. Briefe, 391. Briefe, 392. Briefe, 393. Briefe, 394. Briefe, 395. Briefe, 396. Briefe, 397. Briefe, 398. Briefe, 399. Briefe, 400. Briefe, 401. Briefe, 402. Briefe, 403. Briefe, 404. Briefe, 405. Briefe, 406. Briefe, 407. Briefe, 408. Briefe, 409. Briefe, 410. Briefe, 411. Briefe, 412. Briefe, 413. Briefe, 414. Briefe, 415. Briefe, 416. Briefe, 417. Briefe, 418. Briefe, 419. Briefe, 420. Briefe, 421. Briefe, 422. Briefe, 423. Briefe, 424. Briefe, 425. Briefe, 426. Briefe, 427. Briefe, 428. Briefe, 429. Briefe, 430. Briefe, 431. Briefe, 432. Briefe, 433. Briefe, 434. Briefe, 435. Briefe, 436. Briefe, 437. Briefe, 438. Briefe, 439. Briefe, 440. Briefe, 441. Briefe, 442. Briefe, 443. Briefe, 444. Briefe, 445. Briefe, 446. Briefe, 447. Briefe, 448. Briefe, 449. Briefe, 450. Briefe, 451. Briefe, 452. Briefe, 453. Briefe, 454. Briefe, 455. Briefe, 456. Briefe, 457. Briefe, 458. Briefe, 459. Briefe, 460. Briefe, 461. Briefe, 462. Briefe, 463. Briefe, 464. Briefe, 465. Briefe, 466. Briefe, 467. Briefe, 468. Briefe, 469. Briefe, 470. Briefe, 471. Briefe, 472. Briefe, 473. Briefe, 474. Briefe, 475. Briefe, 476. Briefe, 477. Briefe, 478. Briefe, 479. Briefe, 480. Briefe, 481. Briefe, 482. Briefe, 483. Briefe, 484. Briefe, 485. Briefe, 486. Briefe, 487. Briefe, 488. Briefe, 489. Briefe, 490. Briefe, 491. Briefe, 492. Briefe, 493. Briefe, 494. Briefe, 495. Briefe, 496. Briefe, 497. Briefe, 498. Briefe, 499. Briefe, 500. Briefe, 501. Briefe, 502. Briefe, 503. Briefe, 504. Briefe, 505. Briefe, 506. Briefe, 507. Briefe, 508. Briefe, 509. Briefe, 510. Briefe, 511. Briefe, 512. Briefe, 513. Briefe, 514. Briefe, 515. Briefe, 516. Briefe, 517. Briefe, 518. Briefe, 519. Briefe, 520. Briefe, 521. Briefe, 522. Briefe, 523. Briefe, 524. Briefe, 525. Briefe, 526. Briefe, 527. Briefe, 528. Briefe, 529. Briefe, 530. Briefe, 531. Briefe, 532. Briefe, 533. Briefe, 534. Briefe, 535. Briefe, 536. Briefe, 537. Briefe, 538. Briefe, 539. Briefe, 540. Briefe, 541. Briefe, 542. Briefe, 543. Briefe, 544. Briefe, 545. Briefe, 546. Briefe, 547. Briefe, 548. Briefe, 549. Briefe, 550. Briefe, 551. Briefe, 552. Briefe, 553. Briefe, 554. Briefe, 555. Briefe, 556. Briefe, 557. Briefe, 558. Briefe, 559. Briefe, 560. Briefe, 561. Briefe, 562. Briefe, 563. Briefe, 564. Briefe, 565. Briefe, 566. Briefe, 567. Briefe, 568. Briefe, 569. Briefe, 570. Briefe, 571. Briefe, 572. Briefe, 573. Briefe, 574. Briefe, 575. Briefe, 576. Briefe, 577. Briefe, 578. Briefe, 579. Briefe, 580. Briefe, 581. Briefe, 582. Briefe, 583. Briefe, 584. Briefe, 585. Briefe, 586. Briefe, 587. Briefe, 588. Briefe, 589. Briefe, 590. Briefe, 591. Briefe, 592. Briefe, 593. Briefe, 594. Briefe, 595. Briefe, 596. Briefe, 597. Briefe, 598. Briefe, 599. Briefe, 600. Briefe, 601. Briefe, 602. Briefe, 603. Briefe, 604. Briefe, 605. Briefe, 606. Briefe, 607. Briefe, 608. Briefe, 609. Briefe, 610. Briefe, 611. Briefe, 612. Briefe, 613. Briefe, 614. Briefe, 615. Briefe, 616. Briefe, 617. Briefe, 618. Briefe, 619. Briefe, 620. Briefe, 621. Briefe, 622. Briefe, 623. Briefe, 624. Briefe, 625. Briefe, 626. Briefe, 627. Briefe, 628. Briefe, 629. Briefe, 630. Briefe, 631. Briefe, 632. Briefe, 633. Briefe, 634. Briefe, 635. Briefe, 636. Briefe, 637. Briefe, 638. Briefe, 639. Briefe, 640. Briefe, 641. Briefe, 642. Briefe, 643. Briefe, 644. Briefe, 645. Briefe, 646. Briefe, 647. Briefe, 648. Briefe, 649. Briefe, 650. Briefe, 651. Briefe, 652. Briefe, 653. Briefe, 654. Briefe, 655. Briefe, 656. Briefe, 657. Briefe, 658. Briefe, 659. Briefe, 660. Briefe, 661. Briefe, 662. Briefe, 663. Briefe, 664. Briefe, 665. Briefe, 666. Briefe, 667. Briefe, 668. Briefe, 669. Briefe, 670. Briefe, 671. Briefe, 672. Briefe, 673. Briefe, 674. Briefe, 675. Briefe, 676. Briefe, 677. Briefe, 678. Briefe, 679. Briefe, 680. Briefe, 681. Briefe, 682. Briefe, 683. Briefe, 684. Briefe, 685. Briefe, 686. Briefe, 687. Briefe, 688. Briefe, 689. Briefe, 690. Briefe, 691. Briefe, 692. Briefe, 693. Briefe, 694. Briefe, 695. Briefe, 696. Briefe, 697. Briefe, 698. Briefe, 699. Briefe, 700. Briefe, 701. Briefe, 702. Briefe, 703. Briefe, 704. Briefe, 705. Briefe, 706. Briefe, 707. Briefe, 708. Briefe, 709. Briefe, 710. Briefe, 711. Briefe, 712. Briefe, 713. Briefe, 714. Briefe, 715. Briefe, 716. Briefe, 717. Briefe, 718. Briefe, 719. Briefe, 720. Briefe, 721. Briefe, 722. Briefe, 723. Briefe, 724. Briefe, 725. Briefe, 726. Briefe, 727. Briefe, 728. Briefe, 729. Briefe, 730. Briefe, 731. Briefe, 732. Briefe, 733. Briefe, 734. Briefe, 735. Briefe, 736. Briefe, 737. Briefe, 738. Briefe, 739. Briefe, 740. Briefe, 741. Briefe, 742. Briefe, 743. Briefe, 744. Briefe, 745. Briefe, 746. Briefe, 747. Briefe, 748. Briefe, 749. Briefe, 750. Briefe, 751. Briefe, 752. Briefe, 753. Briefe, 754. Briefe, 755. Briefe, 756. Briefe, 757. Briefe, 758. Briefe, 759. Briefe, 760. Briefe, 761. Briefe, 762. Briefe, 763. Briefe, 764. Briefe, 765. Briefe, 766. Briefe, 767. Briefe, 768. Briefe, 769. Briefe, 770. Briefe, 771. Briefe, 772. Briefe, 773. Briefe, 774. Briefe, 775. Briefe, 776. Briefe, 777. Briefe, 778. Briefe, 779. Briefe, 780. Briefe, 781. Briefe, 782. Briefe, 783. Briefe, 784. Briefe, 785. Briefe, 786. Briefe, 787. Briefe, 788. Briefe, 789. Briefe, 790. Briefe, 791. Briefe, 792. Briefe, 793. Briefe, 794. Briefe, 795. Briefe, 796. Briefe, 797. Briefe, 798. Briefe, 799. Briefe, 800. Briefe, 801. Briefe, 802. Briefe, 803. Briefe, 804. Briefe, 805. Briefe, 806. Briefe, 807. Briefe, 808. Briefe, 809. Briefe, 810. Briefe, 811. Briefe, 812. Briefe, 813. Briefe, 814. Briefe, 815. Briefe, 816. Briefe, 817. Briefe, 818. Briefe, 819. Briefe, 820. Briefe, 821. Briefe, 822. Briefe, 823. Briefe, 824. Briefe, 825. Briefe, 826. Briefe, 827. Briefe, 828. Briefe, 829. Briefe, 830. Briefe, 831. Briefe, 832. Briefe, 833. Briefe, 834. Briefe, 835. Briefe, 836. Briefe, 837. Briefe, 838. Briefe, 839. Briefe, 840. Briefe, 841. Briefe, 842. Briefe, 843. Briefe, 844. Briefe, 845. Briefe, 846. Briefe, 847. Briefe, 848. Briefe, 849. Briefe, 850. Briefe, 851. Briefe, 852. Briefe, 853. Briefe, 854. Briefe, 855. Briefe, 856. Briefe, 857. Briefe, 858. Briefe, 859. Briefe, 860. Briefe, 861. Briefe, 862. Briefe, 863. Briefe, 864. Briefe, 865. Briefe, 866. Briefe, 867. Briefe, 868. Briefe, 869. Briefe, 870. Briefe, 871. Briefe, 872. Briefe, 873. Briefe, 874. Briefe, 875. Briefe, 876. Briefe, 877. Briefe, 878. Briefe, 879. Briefe, 880. Briefe, 881. Briefe, 882. Briefe, 883. Briefe, 884. Briefe, 885. Briefe, 886. Briefe, 887. Briefe, 888. Briefe, 889. Briefe, 890. Briefe, 891. Briefe, 892. Briefe, 893. Briefe, 894. Briefe, 895. Briefe, 896. Briefe, 897. Briefe, 898. Briefe, 899. Briefe, 900. Briefe, 901. Briefe, 902. Briefe, 903. Briefe, 904. Briefe, 905. Briefe, 906. Briefe, 907. Briefe, 908. Briefe, 909. Briefe, 910. Briefe, 911. Briefe, 912. Briefe, 913. Briefe, 914. Briefe, 915. Briefe, 916. Briefe, 917. Briefe, 918. Briefe, 919. Briefe, 920. Briefe, 921. Briefe, 922. Briefe, 923. Briefe, 924. Briefe, 925. Briefe, 926. Briefe, 927. Briefe, 928. Briefe, 929. Briefe, 930. Briefe, 931. Briefe, 932. Brief



# Beschleunigte Oderregulierung

## Eine bedeutende Zusage der Reichsregierung

Western hatten sich im Landeshauptmann der Selbstverwaltung in Provinzen, Städten und wirtschaftlichen Körperschaften, von Verkehr, Handel, Industrie, wie auch der Landwirtschaft aus dem Osten des Reiches zusammengefunden, um in gemeinsamer Kundgebung vor Angehörigen der Ministerien, Behörden, Parlamente und Gewerkschaften angesichts der bevorstehenden Fertigstellung des Mittellandkanals den Ausbau der Oder zu fordern. In der Erkenntnis, daß sich das Schwerkraft der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands ohne hin mehr und mehr nach dem Westen verschoben hat und die Fertigstellung des Mittellandkanals die Lebensbedingungen des Ostens ohne entsprechende Förderung und Verbesserung der östlichen Verkehrswege stark beeinträchtigen würde, betrachtete es die Versammlung als ihre Aufgabe, die Benachteiligung der Wirtschaft des Ostens nach Inbetriebnahme des Mittellandkanals aufzuzeigen und zur Erhaltung der Wettbewerbskraft des Ostens die Forderung nach

### Ausbau der Oder zu einer leistungsfähigen Großschiffahrtsstraße

zum Ausdruck zu bringen. Nach einleitenden Worten der Begrüßung durch den Landeshauptmann der Provinz Niederschlesien Dr. von Tharner ergriff der Leiter der Versammlung, Dr. v. h. Grund, Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau, das Wort, um nach eindringlichem Hinweis auf die schweren Bedrücknisse des deutschen Ostens darzutun, daß allein die Beseitigung der Behinderung der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft nach Fertigstellung des Mittellandkanals Anlaß der Kundgebung sei. Er betonte ausdrücklich, daß der Ausbau der Oder zu einer leistungsfähigen Großschiffahrtsstraße nur eine der vielen Forderungen sei, die der Osten erhebe, und neben Maßnahmen auf dem Gebiete des Eisenbahnbauwesens und andere Verkehrserschwerungen lebhaft eine der Möglichkeiten zur Beseitigung der Schäden darstelle, die dem Osten nach der Fertigstellung des Mittellandkanals erwachsen werden. Mit Befriedigung stellte der Redner fest, daß sich Vertreter des ganzen Obergeländes von Ratibor bis Schweinitz in geschlossenem Front zur Kundgebung für den Ausbau der Oder eingefunden haben und dadurch der Forderung einen gewaltigen Antrieb verliehen.

Darauf nahm Landesrat Ehrhardt, M. d. R., Ratibor, das Wort. In seinen Ausführungen beschrieb er die Not der Ostprovinzen mit der Not des deutschen Ostens, die durch die Gebietsabtretungen mit ihren Verlusten reicher industrieller Rohstofflager und fruchtbarer Landbestände, wie durch die Zerschneidung bestehender Verkehrsbeziehungen verursacht und auf Grund der allgemeinen Notlage der Landwirtschaft und der ungenügenden Absatzmöglichkeiten für die Erzeugnisse der schlesischen Industrie ausgedehnt sei. Gebieterisch erforderten diese schwierigen Wirtschaftsverhältnisse Maßnahmen der Abhilfe, um es nicht zu einem völligen Zusammenbruch weiter Wirtschaftskreise kommen zu lassen; besonders sei

### ein anderweitiger Finanz- und Lastenausgleich dringend notwendig.

zu allem hätten sich die Gefahren für die Wirtschaft der deutschen Ostprovinzen durch den Bau des Mittellandkanals noch erheblich vergrößert. Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie müsse auf baldigen Ausbau der Oder zu einem Großschiffahrtsweg gedrängt und gleichzeitig die ober- und mittelschlesische Industrie fruchtlich nahegebracht werden und weiterhin das Waldenburger Revier erhebliche Erleichterungen auf dem Schienenwege erhalten.

Im weiteren Verlauf der Kundgebung gab Reichsminister a. D. Gothein zunächst einen Rückblick auf die Entwicklung des Mittellandkanals und ging darauf auf den Ausbau des Dittmehauer Staubeckens ein, das zwar der Schiffahrt sicherlich wesentliche Erleichterungen bringen, jedoch nicht im entferntesten dazu ausreichen werde, eine ständige Jahrawasserlage von 1,70 Meter zu erreichen. Hand in Hand mit der Aufspeicherung der Hochwässer müsse die Nach- bzw. Niedrigwasserhaltung der Oder unterhalb Breslaus gehen, eine Aufgabe, die während der Kriegs- und Inflationszeit und der Hochwasserjahre 1925-1927 behauerlicherweise vernachlässigt worden sei. Weiterhin sei der

### Bau einer zweiten Schleufe bei Kanfern erforderlich,

um im Augenblick ihrer Reparaturbedürftigkeit den Gesamtverkehr aufrechtzuerhalten zu können. Um vollends die Wettbewerbsfähigkeit der ober- und mittelschlesischen Kohle auf dem Berliner Markt aufrecht zu erhalten, bedürfte es einer weiteren Frachtwertbilligung durch Senkung der Vorkracht vom Werk zum Oderhafen, die zweckmäßig durch eine Schleppbahn im ober- und mittelschlesischen Industriegebiet zu erreichen wäre. Nicht allein die Erhaltung des schlesischen Bergbaues erfordere den Ausbau der Oder; auch die Landwirtschaft Schlesiens benötige für den Versand von Getreide und Zuder, für den Bezug von Düngemitteln und Futtermitteln eine günstige Transportmöglichkeit. Andere Zweige von Industrie, Handel und Gewerbe und alle Oberstädte bis Stettin hätten gleichfalls lebhaftes Interesse am Ausbau ihres einzigen Schiffahrtsweges.

Vom Standpunkt der ober- und mittelschlesischen Wirtschaft aus beauftragte Landgerichtsrat a. D. von Stoepphalius, Syndikus der Industrie- und Handelskammer Oppeln, die Frage des Ausbaues der Oder und bezeichnete die Schaffung eines Großschiffahrtsweges angesichts der bevorstehenden Fertigstellung des

Mittellandkanals als Schicksalsfrage Oberschlesiens. Seine Ausführungen mündeten in die Forderung, im Parlament die Frage der Wirtschaftlichkeit des Mittellandkanals und der finanziellen Durchführbarkeit des Projektes unter den heutigen Verhältnissen nochmals zu prüfen.

Für den Waldenburger Bergbau sprach Herr Rehrmann, Direktor des Niederschlesischen Steinlohlen-Syndikats. In seinen Ausführungen ging der Redner zunächst auf die besonderen Verhältnisse des Waldenburger Bergbaubereichs ein und wies sodann auf die Schädigungen hin, die das Waldenburger Gebiet durch die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Kohle in Berlin und in den Provinzen Brandenburg und Sachsen erfahren würde.

Weiterhin nahm von Bernuth, Präsident der Landwirtschaftskammer Niederschlesien, das Wort, um die

### Stellungnahme der Landwirtschaft

zur Frage des Oderausbau darzutun. Der Redner ging davon aus, daß es im allgemeinen immer noch nicht genügend bekannt sei, wie schwer gegenwärtig die Landwirtschaft Schlesiens unter den schwierigen Verhältnissen infolge der hohen Frachtkosten leidet. Nach Fertigstellung des Mittellandkanals müsse eine erhebliche Schädigung der Interessen der Landwirtschaft befürchtet werden, da nicht allein mit dem Verlust des Berliner und westlichen Absatzgebietes zu rechnen sei, sondern auch der örtliche Konsum infolge der mit Inbetriebnahme des Mittellandkanals verbundenen Schädigung des heimischen Gewerbes zurückgehen werde. Um die Gefahr solcher Schädigungen von vornherein auszuschalten, müsse energisch die Forderung nach Ausbau der Oder zu einem vollwertigen Schiffahrtsweg erhoben werden.

Schließlich wies Herr Konul Griebel, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Stettin, auf die außerordentlichen Schäden hin, die dem pommerischen Industriegebiet und dem Seehafen Stettin als Mündungshafen der Oder nach Fertigstellung des Mittellandkanals erwachsen werden.

### Die Antwort der Regierungen

Im Anschluß an diese von den Verantwortlichen der Kundgebung vorgelesenen Reden ergriff Ministerialrat Gutbroi vom Reichsverkehrsministerium zugleich im Auftrag der sonst noch vertretenen Reichs- und preussischen Ministerien das Wort. Er erkannte die Größe und die Bedeutung des in Schlesien und in der ganzen Grenzmark des Reiches zu lösenden Problems an. Es handele sich nicht nur, die durch unverständliche Grenzziehung durchschnittenen Eisenbahnlinien neu miteinander zu verbinden, das Landstragennetz zu ergänzen; es mülte vor allen Dingen den Grenzkreisen, die durch die Abtretung deutschen Gebietes aus ihren bisherigen wirtschaftlichen Verbindungen herausgerissen seien, neue Bezugsquellen und neue Absatzgebiete erschaffen und durch neue Verkehrslinien Arbeitsmöglichkeit verschafft werden. Wir werden erst in diesen Tagen dazu gelangen, die ungeheuren Fragen, welche bei Beendigung des Krieges im Verträge von Versailles ungeklärt geblieben waren, durch den Young-Plan zu regeln und durch Abschluß des Liquidationsabkommens, sowie eines Handelsvertrages die Verhandlung mit unserem östlichen Nachbar herbeizuführen. Das nächste Haushaltsjahr wird eines der schwersten sein, welches wir überhaupt bisher zu überwinden hatten. Vom Jahre 1931 ab können wir auf eine gewisse Entlastung hoffen, und in den späteren Jahren bei geordneter Wirtschaftsführung daran denken, mit Ernst an die Probleme heranzugehen, welche uns die besonders schwierigen Verhältnisse im Osten bieten.

Das Reich könne jetzt, nachdem so erhebliche Kapitalien in das Unternehmen des Mittellandkanals hineingesteckt seien, unmöglich davon zurücktreten. Wir sind uns aber, so führt der Redner fort, darüber vollständig klar, daß der Mittellandkanal nicht dazu führen darf, Schlesien und Schlesiens Wirtschaft von ihrem natürlichen Absatzgebiet in Berlin zu verdrängen und sie in dem Winkel, der durch die Umklammerung Polens und der Tschechoslowakei gebildet wird, langsam absterben zu lassen. Das Reich hat darum, wie es auch von Preußen schon in Angriff genommen war, die natürliche Lebensader Schlesiens, die Oder, auszubauen, fortzuführen, und ich kann wiederholt die bekannnte Erklärung abgeben, daß die Bauten an der Oder spätestens zu dem Zeitpunkt fertiggestellt sein werden, wo der Verkehr auf dem Mittellandkanal nach Berlin eröffnet wird. Ich kann ebenso die von dem Herrn Reichsverkehrsminister von Guérard gegebene Zusage wiederholen, daß die Regierung durch tarifmäßige oder andere Maßnahmen dafür Sorge tragen wird, daß die Kohle auf dem Mittellandkanal vom Ruhrgebiet nicht billiger nach Berlin gelangen kann, als es von Schlesien her möglich sein wird.

### Auch ein „demokratischer“ Bürgermeister

Er verbietet eine Veranstaltung der sozialistischen Jugend.

In der Grenzstadt Groß-Wartenberg hat die Stadtverwaltung in den letzten Jahren durch den Bau des „Deutschen Hauses“ eine Stätte für die wandernde Jugend geschaffen. Kurse und Veranstaltungen der verschiedensten Art lassen hier die Jugend der einzelnen politischen Richtungen zusammenkommen. Am letzten Sonnabend weilten Mitglieder des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde“ und der Sozialistischen Arbeiter-Jugend in diesem „Deutschen Haus“ und arrangierten für den Abend eine Veranstaltung für die Groß-Wartenberger Bevölkerung. Die Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei erließ durch Bekannt-

machung an ihre Mitglieder die Aufforderung, diese Veranstaltung zahlreich zu besuchen. Das ging dem Bürgermeister Böer wider den Strich. Böer, der nebenbei bemerkt, zu den Vorstandsmitgliedern der Ortsgruppe der Demokratischen Partei gehört, ließ die geplante Veranstaltung einfach verbieten und wollte das „Deutsche Haus“ polizeilich sperren, weil die Sozialdemokratie dazu eingeladen hatte. Die Groß-Wartenberger Sozialdemokraten bestanden darauf den Saal in der Stadtbrauerei und wollten dort die Aufführung der Naturfreunde und Arbeiterjugendmitglieder vermitteln. Inzwischen hatte der Führer der Naturfreunde mit dem Kreisjugendpfleger verhandelt, der sofort Rücksprache mit dem Bürgermeister nahm, die das Ergebnis zeitigte, daß Böer sich revidierte und das „Deutsche Haus“ für die Veranstaltung der Jugendlichen freigab. Die Groß-Wartenberger Bevölkerung beantwortete die versuchten Provokationen des Bürgermeisters durch einen starken Besuch. Bürgermeister Böer scheint einen recht sonderbaren Begriff von der durch die Reichsverfassung gewährleisteten Freizügigkeit für alle Deutsche, die vor den Befehlen gleich sind, zu haben. Darum ist er wahrhaftig auch „Demokrat“.

### Feierschichten im Waldenburger Revier

Am Montag wurden zum ersten Male seit langer Zeit im niederschlesischen Bergbau Feierschichten eingelegt. Betroffen wurden davon in der Hauptsache die Gruben der Niederschlesischen Bergbau-Alliengesellschaft, die aber den größten Teil der niederschlesischen Bergarbeiter beschäftigt. Wie die Leitung der Abzweig erklärt hat, sollen in der nächsten Zeit drei Feierschichten im Monat eingelegt werden. Zur Begründung wurde der Rückgang des Kohlenabfahses angeführt. Von den kürzesten Gruben feierte Montag der Bahlschacht.

Die diesmalige Abfahrverlängerung soll also nur auf Kosten der Bergarbeiter gehen. Im vergangenen Jahre, als sich infolge des strengen Winters der Abfah außerordentlich steigerte, hat man die Belegschaften zu erhöhter Mehrleistung gezwungen, ohne ihnen an dem Mehrverdienst den ihnen zuzehörenden Mehranteil zu gewähren. Die Überanstrengung der Bergarbeiter haben die Unternehmer als selbstverständlich an und ebenso die Tatsache, daß der Erfolg dieser außerordentlichen Mehrleistung in Form von Mehrgehältern nur in ihre Taschen fließt. Jetzt, wo eine Störung im Kohlenabfah eintritt, legt man einfach Feierschichten ein, damit ja die Grubenbarone in keiner Weise in ihren Profitten geschmälert werden. Sie fordern nur immer Opfer von anderen und wenn die Bergarbeiter berechnete Ansprüche auf eine menschenwürdige Existenz stellen, dann werden diese abgewiesen mit der billigen Behauptung, der niederschlesische Bergbau sei unrentabel.

### Schreckliche Bluttat

Der fünfundsiebzigjährige pensionierte Bahnwärter Wilhelm Brendel von hier brachte gestern nacht seiner Frau einen tiefen Messerstich in die rechte Seite bei. Brendel gibt seit seinem letzten Schlaganfall im vorigen Jahr als geistig nicht mehr ganz normal. Schon oft hatte er seiner Frau gedroht, daß er sie umbringen werde. Die Frau übernachtete deshalb häufig bei ihrem in Brüdenwaldau wohnenden Sohn. Diese Nacht nun schlief der Sohn sicherheitsshalber mit in der elterlichen Wohnung. Gegen 11 Uhr hörte er plötzlich Hilferufe seiner Mutter, die schon in ihrem Blute lag. Frau Brendel wurde sofort ins Krankenhaus überführt, doch ist ihr Zustand sehr bedenklich.

### Unkenntnis über Schlesien

Der Obermeister der Hirschberger Konditor-Armung erhielt von einem Kölner Kollegen die Anfrage, ob da in diesem Sommer in Breslau der Deutsche Konditortag abgehalten wird und dabei ein Ausflug ins Riesengebirge geplant sei, ein polnischer Paß nötig sei und auch genügend Dolmetscher der deutschen und der polnischen Sprache vorhanden seien. Der Vorfall ist wieder ein beschämendes Zeichen von der Unkenntnis über Schlesien im übrigen Deutschland.

### Strachnin auf Schokoladentfels

Der Gastwirt Alfred Obst aus Heida bei Glogau, der wegen des Verdachtes des Giftmordes an der Landwirtschafstochter Erna Becker verhaftet worden war, wurde gestern im Gerichtsgefängnis vernommen, nachdem die Polizei bei einer Hausdurchsuchung ein Fläschchen mit Strachnin gefunden hatte. Nach etwa dreistündiger Vernehmung gestand Obst sein Geständnis ist aber nicht in vollem Umfang als glaubhaft anzusehen. Er gibt zu, daß er in der Todesnacht noch im Zimmer der Ermordeten Erna Becker war. Sie habe ihn gebeten, ihr ein Abtreibungsmittel zu geben, das habe er in Form von Strachnin, das er auf Schokoladentfels gestrichen habe, dem Mädchen in zwei Portionen eingegeben, ohne die Wirkung abzuwarten. Das Fläschchen mit dem Gift hat sich Obst angeblich von einem Freund geliehen. Die Behörde hält das Geständnis für nicht glaubhaft, weil Strachnin als Abtreibungsmittel völlig ungeeignet ist und schon eine geringe Portion genügt, um einen Menschen zu töten. In der Leiche wurde, wie gerichtsarztlich festgestellt wurde, Strachnin gefunden.

Gottesberg. Zum Abbau der Viktor-Grube. Einen traurigen Anblick bietet nunmehr die im vorigen Jahre stillgelegte Viktor-Grube. Der Abbau der Grubenanlagen ist jetzt bereits soweit fortgeschritten, daß auch die Verwaltungsgebäude abgebrochen werden. Diese Arbeiten gestalten sich teilweise sehr schwierig. Vielfach müssen Sprengungen vorgenommen werden.

**Sammlen-Anzeigen**

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.  
Am 2. März verstarb unser Verbandskollege.  
der Arbeiter 863

**Robert Liebetanz**  
von der Gült. Abt. West, im Alter von 28 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren.  
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.  
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3.30 Uhr,  
von der Leichenhalle des St. Karolus-Friedhofes in  
Gräbchen.

Unsere **Liesel**  
weilt nicht mehr unter uns. 8012  
Breslau-Bismarckswalde, 1. März 1930  
Gimmsch 6

Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Berta Richel, geb. Paul, als Mutter  
nebst Geschw. stern.**  
Beerdigung: Donnerstag 6. März nachm. 3 Uhr,  
von der Kapelle 2, Tor 6, des Ödwinz-Friedhofes.

**Inferate** erzielen in unserer Zeitung  
den größten Erfolg!

**Verband der Deutschen Buchdrucker**  
Am 28. Februar verschied nach langem, schwerem  
Krankheitslager unser lieber Kollege, der Setzer-  
Invalide

**Hermann Wolf**  
im Alter von 76 Jahren. 862

Wir werden dem Verstorbenen, der fast 56 Jahre  
der Organisation die Treue gehalten hat, ein ehrendes  
Gedanken bewahren.

**Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.**  
Die Einäscherung findet Mittwoch, den 5. März,  
15 Uhr, im Krematorium Gräbchen statt.  
Die Kollegen Sänger des Vereines Gottesberg werden  
gebeten, sich recht zahlreich an der Feier zu beteiligen.

**Gesamtvorstand der Arbeitnehmer der Eisen-  
bahnen Ostpreußen und des Personen- und Ver-  
kehrswesen, Filiale Breslau**  
Am Freitag, den 28. Februar, verstarb unsere  
Kollegin

**Martha Geike**  
im Alter von 31 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!  
**Die Ortsverwaltung.**  
Beerdigung: Mittwoch, den 5. März, in Henners-  
dorf bei Ohlau.

**Verzogen nach Königsplatz 8**

**Dr. med. Kwilecki**  
Facharzt für Magen-, Darm- u. Stoffwechsellkrankheiten  
Königsplatz 8, 870

**Geschäftsräume**  
rund 70 qm groß, im Erdgeschoss des Grundstücks  
Eisfabrikstraße 2, mit 2 Schaufenstern, vom 1. April  
1930 ab

**zu vermieten.**  
Näheres: Magistratsbüro II, Bismarckplatz 14, III.,  
Zimmer 50. 868

**Wo kauft man die besten und billigsten  
Schneiderartikel**  
bei **Fritz Malnke** Breslau X,  
Lehmann 44, I.

**Bei jedem Einkauf das Rosenrotter gratis!**

**Buchhandlung Volkswacht** Modernes  
Breslau 8 Neue Graupenstraße 8 Antiquariat  
Spartwagen zu verkaufen  
Mühlstraße 48/49, Sa. 5  
III. Etage, Zimmer 15. 37

**Berlin**

**Lebensmittel-  
geschäft** 7182  
mit anst. kleiner Wohnung,  
große Küche u. ein gr. Zimmer  
geg. etwas größere Wohnung  
zu verkaufen. Angebote um  
8.75 an die Exped. b Bl erb.

**Schlafzimmer**  
Eiche, gebraucht, vollständig  
komplett.  
billig zu verkaufen.  
**S. Brandt & Co.**  
Gartenstr. 65, I. 9473

**Arbeitsmarkt**

**Gutbe** für meine  
Tochter  
**Stellung als Stütze  
der Hausfrau.**  
37 18 Jahre alt, besuchte die  
Haush.-Schule u. fast gegen-  
wärtig für 12 Personen im  
Eisenhaus. Bitte Offert. an  
Möbelfabrik M. David,  
Reichenbach (Guteng.)

**In der  
„Volkswacht“ haben  
Stellen-Angebote**  
infolge ihrer großen Ber-  
eitung in Arbeiter-  
kreisen besten  
Erfolg



## Ein Zahnarzt als zweifacher Giftmörder

Im Untersuchungsgefängnis der Stadt Beziere in Frankreich liegt der Zahnarzt Dr. Laget unter dem Verdacht, seine verstorbenen Frauen und seine Schwester vergiftet zu haben. Laget, der aus einer sehr geachteten Familie der französischen Provinz stammt, hatte nach dem Kriege seine erste Frau, Sarah Alexander, geheiratet. 1920 starb sie und Laget bekam die Lebensversicherungssumme von 500 000 Francs ausgezahlt. Darauf verliebte er sich in die Schwester seiner verstorbenen Gattin. Der Schwiegervater verlangte jedoch die Einwilligung zur Heirat, weil Laget weniger als neun Monate. Laget bekam diesmal von der Lebensversicherung 100 000 Francs ausgezahlt. Inzwischen verlobte er sich zum dritten Mal, und er hätte zum dritten Mal geheiratet, wenn nicht die Polizei dazwischen gekommen wäre. Etwa vor vierzehn Tagen wurde die Schwester Lagets dem Krankenhaus überwiesen. Die Ärzte stellten Arsenitvergiftung fest. Wie konnte das Arsenik in die von der Schwester gegessenen Speisen kommen. Nur Laget und seine Mutter kommen für die Tat in Frage. Jetzt erinnert man sich an die Polizei so schnell und plötzlich verstorbenen Frauen Lagets. Bald wurde die Ausgrabung und Sezierung der Leichen durch den Untersuchungsrichter beantragt. Laget war zugegen, als seine beiden ehemaligen Frauen aus dem Grabe geholt und ihre Leichen im Krankenhaus untersucht wurden. Er blieb kalt und machte nur einige medizinische Bemerkungen über den Verwesungsprozess der Leichen. Der war bereits bei der ersten Gattin so weit vorgeschritten, daß die Ärzte kaum noch die Todesursache und einen richtigen Befund feststellen konnten. Bei der Leiche der zweiten Frau haben sich jedoch Anzeichen ergeben, die auf eine Arsenitvergiftung schließen lassen. Der Untersuchungsrichter wartet auf die entsprechenden Gutachten. Einmitleid bleibt Laget in Haft. Selbst die Aussagen von Mutter und Schwester zeugen gegen Laget. Nur eine ist ihm neu geblieben und erklärt, nicht daran zu denken, das Verbrechen aufzulösen; die neue Braut, die nicht schwankend wird und immer noch daran denkt, demnächst seine dritte Frau zu werden.

## Rosenmontag am Rhein

Die rheinische Metropole Köln wurde am Montag anlässlich des Rosenmontagszuges von annähernd dreihunderttausend Fremden besucht. Diese Ziffer übersteigt die des Vorjahres erheblich. Die Eisenbahn berechnet den Ueberdurchschnittsverkehr des geistigen Tages allein auf 30 000 Personen.

Der Düsseldorf-Karnevalszug blieb hinter dem jährlichen Zug etwas zurück, trotzdem auch er zahlreiche regimenter Fußgruppen und Wagen aufzuweisen vermochte. In Mainz legten während des Karnevalsuges im Generalen an die Befreiungspolitik der Reichsregierung Tausende die Karrenkappe ab, als der Name des früheren Reichs-Luftwaffenministers Stresemann genannt wurde und die Kapelle sein Lieblingslied spielte: „Am Brunnen vor dem Tore“.

## Verbrecherische Familienväter

In der Detschaft Mischendorf bei Potsdam ist eine ausgedehnte Untersuchung gegen mehrere Familienväter wegen Raubmord, begangen an Kindern und Stiefkindern, im Gange. In einem Falle handelt es sich um den Schmied des Ortes, der mit seiner 18jährigen Stieftochter unerlaubte Beziehungen unterhalten haben soll. In einem anderen Falle wird ein Arbeiter des gleichen Verbrechens an seiner 14jährigen Stieftochter beschuldigt. Ebenso ist ein ortsanfängiger Händler verurteilt worden, weil er mit seiner 11jährigen Tochter und verurteilt auch mit anderen Kindern unerlaubten Verkehr gehabt haben soll.

## Zwei 400 000 Dollar Schmuck gestohlen

Der aus 47 Diamanten bestehende Schmuck der früheren österreichischen Erzherzogin Maria Theresia, der einen Wert von 400 000 Dollar repräsentiert, ist verschwunden. Zum Zwecke des Verkaufs hatte die Besitzerin das kostbare Juwel an einen Obersten des britischen Geheimdienstes in Rom geschickt, der plötzlich nichts mehr von sich hören, geschweige denn von dem Schmuck etwas sehen ließ. Die Staatsanwaltschaft ist im Verein mit der Kriminalpolizei um die Aufklärung des mysteriösen Falles bemüht. Der in Amerika wohnende Erzherzog Leopold, der den verschwundenen Schmuck kannte, soll vernommen werden. Vermutlich können eine Bekundungen als Fingerzeig zur Wiederherbeischaffung des Juwels dienen. Der Schmuck ist ein Geschenk Napoleons an seine zweite Frau, die Kaiserin Marie Louise.

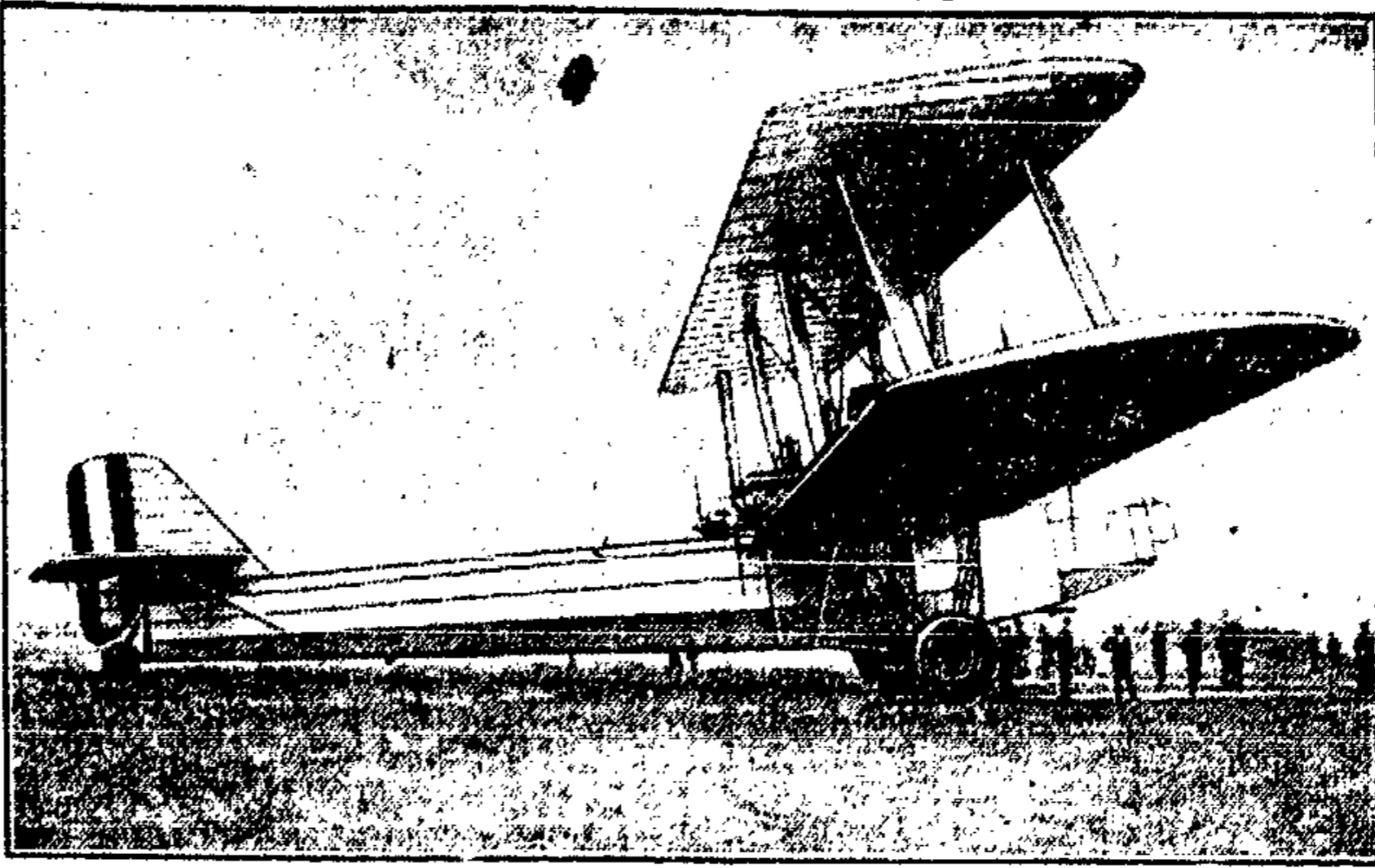
## Die Schreckenstat von Chemnitz

Der Schlosser Paul Richard Müller aus Borna bei Chemnitz, dessen Frau sich am vergangenen Freitag mit ihren sechs Kindern mit Gas vergiftet hat, wurde von Straßenspaten bei einem Selbstmordversuch durch Erhängen beobachtet und behindert. Bei der Vernehmung auf der Polizei machte der 45jährige Müller den Eindruck eines Geisteskranken. Er erzählte, daß er sich am Freitag abend geschämt habe, nach Hause zu kommen, weil er seine ganze Rente vertrunken hätte. Von dem furchtbaren Ende seiner Familie hätte er am Sonnabend in der Zeitung gelesen und daraufhin einen Nervenzusammenbruch erlitten. Müller wurde in die städtische Nervenklinik überführt, desgleichen seine 16jährige Tochter, die bei der Entdeckung der Tragödie einen Nervenschock erlitt.

## Der verschwundene „Theaterdirektor“

Der in Berlin unbestimmt bekannte Theaterdirektor Hans Ritter ist spurlos verschwunden. Bei den Berliner Gerichten laufen zahlreiche Prozesse gegen ihn, außerdem liegen Strafanzeigen vor. Die Polizei hat Ritter seit längerer Zeit keine Nachrichten mehr gegeben, weil er das früher in ihn gesetzte Vertrauen schmächtig mißbraucht hatte. Wiederholt verließ Ritter dann Gesellschaften zwecks Theatergründungen ins Ausland zu rufen, dabei aber andere Personen als Konzessionäre vorgeschrieben. Auch hier lehnte die Polizei Kritik ab, sobald sie erfuhr, daß Ritter seine Hand im Spiel hatte. Seit einigen Wochen behauptete Ritter, Vächter des Theaters in der Kommandantenstraße zu sein. Er vergab gegen hohe Kaution Posten, den der Kaffeezerin gegen je 2000 Mark sogar zweimal. Auch ein Restaurant, Garberode, Reklame, Schokoladenfabrik und sogar die Luftlinie hat er doppelt und dreifach verpachtet und sich je desfalls eine anständige Kaution auszahlen lassen. Ritter hatte auch Schauspieler engagiert und mit ihnen sogar 33 Tage lang die Kinderrevue „Die Prinzessin erzählt“ geprobt, aber die Prinzessin hat niemals das Kampfenlicht der wirklichen Premiere erblickt. Jeder Schauspieler bekam als Gegenlohn ganz zwei Mark ausgezahlt, also sechs Pfennige pro Tag. Daraufhin haben die Schauspieler Ritter beim Arbeitsgericht verklagt. Selbstverständlich ist „Herr Direktor“ nicht erschienen. Nimmt man die Ergebnisse seines vorläufig gegeldeten Kautionspfandes hinzu, so dürfte sich der von Ritter angerichtete Schaden auf etwa 25 000 bis 30 000 Mark belaufen.

## Noch größer als „Do X“



Ist das italienische Flugzeug „Caproni 6000“, das jetzt in Mailand seine ersten Probezüge ausführt. Mit einer Spannweite des unteren Tragdecks von 37 Metern, einer Länge von 28 Metern und einer Höhe von 11 Metern ist es zurzeit das größte Flugzeug der Welt. Sechs Motoren von zusammen 6000 Pferdestärken geben dem ganz aus Stahl gebauten Flugzeug eine Geschwindigkeit von 210 Stundenkilometern.

lang die Kinderrevue „Die Prinzessin erzählt“ geprobt, aber die Prinzessin hat niemals das Kampfenlicht der wirklichen Premiere erblickt. Jeder Schauspieler bekam als Gegenlohn ganz zwei Mark ausgezahlt, also sechs Pfennige pro Tag. Daraufhin haben die Schauspieler Ritter beim Arbeitsgericht verklagt. Selbstverständlich ist „Herr Direktor“ nicht erschienen. Nimmt man die Ergebnisse seines vorläufig gegeldeten Kautionspfandes hinzu, so dürfte sich der von Ritter angerichtete Schaden auf etwa 25 000 bis 30 000 Mark belaufen.

## 82 Rinder bei einem Brandunglück umgekommen

Auf der Domäne Klein-Memerow in Pommern entstand abends in dem strohgedeckten Viehhause des Gutes ein Brand, der sich mit rasender Schnelligkeit über das ganze Gebäude ausbreitete. Trotz der sofort von allen Seiten herbeieilenden Hilfsmannschaften war es nicht möglich, alles in den Ställen stehende Vieh zu retten; es gelang nur, 42 Stück Jungvieh und Küber zu bergen. 82 Stück Rindvieh und einige Bullen fielen den Flammen zum Opfer. Außerdem sind erhebliche Futtervorräte und auch landwirtschaftliche Maschinen verbrannt. Als Entstehungsursache des Feuers wird Brandstiftung vermutet.

## Millionenbetrug an Landwirten

Benno und Alfred S., die Inhaber einer Getreide- und Düngemittelfirma in Posen, werden beschuldigt, deutsche Landwirte und Zuckerfabrikanten um Millionen geschädigt zu haben. Die beiden Kaufleute behaupten, nur die Opfer ihres Geschäftszusammenbruchs geworden zu sein. Jedenfalls wird gegen beide ein Betrugsverfahren und ein Verfahren wegen Konkursverbrechens eingeleitet werden, das die notwendige Klarheit bringen wird.

## Schiffsuntergang in der Nordsee

Wie aus Cuxhaven gemeldet wird, ist Sonntag nachmittag der dänische Dampfer „Ulf“ mit dem englischen Dampfer „Seeland“ in dichtem Nebel zusammengestoßen und gesunken. Die aus 19 Mann bestehende Besatzung wurde vollständig auf das Nordoreny-Feuerschiff in Sicherheit gebracht. Der englische Dampfer legte die Reise mit eigener Kraft fort.

## Gemeinsamer Selbstmord zweier Brüder

Die Bädergesellen Hellmuth und Ernst Brett wurden gestern früh in ihrer Wohnung in Spandau erschossen aufgefunden. Wie die Ermittlungen ergaben, haben die beiden Brüder wegen unheilbarer Krankheit den Tod gesucht.

## Secretärin des Direktors Becker vergiftet sich

In der Nacht zum Montag hat sich, nach einer Meldung aus Frankfurt a. M., Fräulein Janßen, die Privatsecretärin des in Untersuchungshaft befindlichen früheren Direktors der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft, Becker, durch Einatmen von Gas vergiftet. Fräulein Janßen hatte in dem Gebäude der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft eine kleine Wohnung inne.

## Ein Grazer Flugschüler abgestürzt

Der Flugschüler der Fliegerschule Graf-Thalerhof, Alexander Baabe, ist gestern bei einem Übungsflug abgestürzt. Das Flugzeug geriet nach dem Absturz in Brand. Der Flugschüler konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

## Hochwasserkatastrophe in Südfrankreich

Aus Montauban wird berichtet, daß das Hochwasser des Tarn bereits den Stand des Hochwassers von 1875 überschritten hat. Ein Stadtviertel von Montauban steht vollkommen unter Wasser. In der Umgebung stehen zahlreiche Bauernhäuser unter Wasser; mehrere Häuser sind dem Einsturz nahe. Man befürchtet, daß einige Personen ertrunken sein könnten.

## Drei Opfer des Gaschlauens

Drei Todesopfer hat eine Gasvergiftung in einer Wohnung in der Diederichstraße in Hamburg gefordert, wo in der vergangenen Nacht von einem heimkehrenden Familienmitglied die Besitzerin der Wohnung, eine 42jährige Frau Menjer, und ihr Bruder tot in den Betten aufgefunden wurde. Am Gashebel in der Küche war der Schlauch gelöst und der Hahn nicht geschlossen. Ein in einem Nebenzimmer untergebrachter Untermieter wurde ebenfalls tot in seinem Bett aufgefunden.

## Der Neunzehnjährige als Mörder

Der 19jährige Buchbinder Fritz Sager in Weizenstadt (Oberfranken) hat seinen 55jährigen Vater, den Stadtrat und Buchbindermeister Karl Sager mit einem Revolver erschossen wie er sagt, in Notwehr.

## Anlageerhebung gegen Lehner

Der des Mordes und Versicherungsbetruges beschuldigte Kaufmann Lehner ist vom Untersuchungsrichter in Regensburg eingehend vernommen worden. Er gab eine ausführliche Schilderung seiner Tat. Die Staatsanwaltschaft Regensburg wird wegen Mordes und Mordversuchs Anklage erheben. Die Hauptverhandlung wird voraussichtlich Ende März oder Anfang April stattfinden.

## Englischer Dampfer in Not

Der englische Dampfer „David Lloyd George“, der sich 150 Seemeilen von Brest entfernt befindet, hat durch Notsignal mitgeteilt, daß er seine Schraube verloren habe. Ein Schlepper ist zur Hilfeleistung ausgelaufen.

## 137 Fischer im Kaspiischen Meer vermisst

Seit vier Tagen sind im Kaspiischen Meer Schiffe und Flugzeuge unterwegs, um 137 Fischer zu suchen, die mit einer Eisscholle in der Nähe von Utrachan ins Meer getrieben sind.

## Freiheitsberaubung

Aus der Schweiz wird ein Fall gemeldet, der in seiner ganzen Grausamkeit an die Einkerkung des Schwachsinrigen erinnert, der von einem Bauern in Zolenzig (Mart) in zwölfjähriger Gefangenschaft beinahe zum Menschenaffen gemacht worden ist. In einem Bauerngehöft im Dorfe Montsevelier fand man eine 30jährige Familienangehörige des Bauern in einem finsternen, feuchten Räume in einem furchtbaren Zustande. Die Frau lebte seit Jahren in diesem streng abgeschlossenen Loch, das nichts weiter enthielt, als ein Bettgestell mit einem Strohsack. Ihre Nahrung erhielt sie von den Angehörigen durch eine Klappe in der Tür. Kleider und Wäsche zum Wechseln bekam sie nicht. Man mußte der Unglücklichen die Kleider mittels Scheren und Messern von der Haut trennen. Die Strümpfe, mit Schnüren festgebunden, waren weit in die Haut eingewachsen, das Haar gleich einem Filz.

## Millionen-Konturs einer rumänischen Großbank

Die Hermes Bank in Temesvar ist in Konturs geraten. Die Passiven betragen 35 Millionen Lei. Da der Verdacht des Kreditbetruges besteht, hat die Staatsanwaltschaft, wie der „Adeverul“ berichtet, die Verhaftung des Generaldirektors, eines Direktors, eines Prokuristen und eines Oberbuchhalters verfügt. Die beiden letzteren wurden nach ihrer Vernehmung auf freien Fuß gesetzt, die übrigen wurden in Haft behalten.

## Der Gefangene von Budweis

Der 65jährige Prager Handelsreisende Heinrich Dubitzky, der vor Jahren in Budweis in Südböhmen die Bekanntheit einer Frau Loncar gemacht hatte, mit der er ein Verhältnis unterhielt, wurde, als er in diesem Jahre wieder nach Budweis kam, von Frau Loncar und ihrem jetzigen Mann eingeladen. Das gastfreundliche Ehepaar Loncar hat nun nichts eisigeres zu tun gehabt, als den Dubitzky fünf Tage lang einzuschließen und gefangen zu halten, und die Unterschrift auf einen zehntausend Kronen-Scheck von ihm zu erpressen, indem man drohte, andernfalls Dubitzkys frühere Liebesabenteurer seiner Frau zu erzählen. Außerdem zwang das Ehepaar den armen Dubitzky zu einer Riesenbestellung von Konfektiden, die an die Familie Loncar zu liefern, von Dubitzky aber zu bezahlen wäre. Dubitzky befreite sich indessen aus seiner Gefangenschaft mit Hilfe der Budweiser Polizei, die er dadurch benachrichtigte, daß er an seine Frau nach Prag einen Brief schrieb. Loncar beaufsichtigte zwar die Abfassung des Briefes und kontrollierte den Inhalt, konnte aber nicht verhindern, daß Dubitzky auf dem Klosett, wohin er allein gehen durfte, die Bemerkung hinzufügte, daß er in gemeinsamer Weise gefangen gehalten werde.

## Dynamit gegen einen Geisteskranken

Die Polizei in Desfiance (Ohio) griff gestern zu einem außergewöhnlichen Mittel, um einen gemeingefährlichen Geisteskranken unschädlich zu machen, der aus dem Irrenhaus entflohen war. Der Geisteskranke hatte sich aus der Anstalt nach Hause begeben und dort seine Frau ermordet. Die Leiche schleifte er in die Dachkammer. Als die Polizei erschien, emping er sie mit Gewehrfeuer. Die Polizei beschloß das Dachkammerfenster zunächst mit einem Maschinengewehr, ohne den Mann kampfunfähig machen zu können. Als er durch weitere Schüsse das Leben der Beamten gefährdete, griffen diese schließlich zum Dynamit und sprengten das Haus in die Luft.

## Ein Straßenbahndepot niedergebrannt

In Kingslan (Ontario) ist das Straßenbahndepot durch Feuer zerstört worden. 25 Straßenbahnwagen sind verbrannt. Für den Straßenbahnbetrieb steht jetzt noch ein einziger Wagen zur Verfügung. Der Schaden wird auf 125 000 Dollar geschätzt.

## Der Kampf um das Notopfer

### Eingabe des ADG an die Reichsregierung

Der Notopfergedanke markiert. Die Zahl seiner Anhänger wird sehr, nachdem sich der Reichspräsident für ein Notopfer ausgesprochen hat, auch in den Reichskreisen zunehmen. Die Frage ist nun: wie soll das Notopfer aussehen? Gegen ein Notopfer der Festbesoldeten, für das seit einigen Tagen viel Propaganda gemacht wird, wendet sich sehr energisch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund. Er hat zu diesem Zweck an die Reichsregierung folgende Eingabe gerichtet:

Von der Reichsregierung wird nach übereinstimmenden Professorenbildungen der Plan erwogen, das Staatsdefizit durch ein sogenanntes Notopfer der Festbesoldeten zu decken. Hierunter wird offenbar eine besondere steuerliche Herabsetzung städtischer Beamten und daneben derjenigen Angestellten verstanden, die wegen der Höhe ihres Gehalts nicht mehr arbeitslosenversicherungspflichtig sind. Gegenüber diesen Ansichten bringen wir in letzter Stunde die Bedenken und den Widerspruch zum Ausdruck, den die von uns vertretene Beamtenschaft gegen eine derartig einseitige und unsoziale Maßnahme erhebt.

Es wäre unerträglich, wenn das Notopfer allein auf die Beamten und die Angestellten beschränkt, dagegen alle Kreise der Besitzenden und alle sonstigen Einkommensarten (aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieben, aus der Anlage oder sonstiger Verwertung von Kapital usw.) davon befreit würden. Durch eine derartig einseitige Maßnahme, die in keiner Beziehung nach steuerlichen Gesichtspunkten orientiert ist, wird der Grundgedanke der Steuergleichheit verletzt.

Was hier in die Form einer steuerlichen Notmaßnahme geformt wird, stellt für die Beamten nichts anderes dar als eine verdeckte Gehaltskürzung. Einer solchen Maßnahme müssen wir daher auch aus verfassungsmäßigen Gründen widersprechen. Wir betonen besonders, daß eine Gehaltskürzung auch nicht auf die in den Besoldungsgeleihen der Länder usw. enthaltenen Klauseln gestützt werden kann, wonach die Bezüge der Beamten selbst durch einfaches Landesgesetz herabgesetzt werden können; diese Klauseln werden nicht als rechtsgültig anerkannt, wie sich aus den zahlreichen überzeugenden Gutachten, die bereits seit längerem vorliegen, aus der Entscheidung des Danziger Obergerichts vom 25. Oktober 1928 und aus dem soeben erst bekanntgewordenen Gutachten des Bayrischen Obersten Landesgerichts (Landtagsdrucksache Nr. 948) ergibt.

In der von uns erst kürzlich auch dem Herrn Reichsanwalt und sämtlichen Herren Reichsministern überreichten Denkschrift haben wir dargelegt, daß und weshalb die wirtschaftliche Lage der unteren Beamtengruppen keineswegs befriedigend ist. Daraus ergibt sich, daß eine weitere Senkung des Einkommens dieser Gruppen nicht mehr erträglich wäre. Die Berechtigung unserer Forderungen ist vor kurzem noch dadurch anerkannt worden, daß eine Steuerreform mit dem Ziele der Erleichterung der Besteuerung niedriger Einkommen beabsichtigt war. Es ist daher unmöglich, jetzt eine Maßnahme — gleich welcher Art — zu treffen, die diese niedrigen Einkommen noch weiter vermindert.

Wir halten eine Kürzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für unmöglich und das Reich für verpflichtet, bei außergewöhnlicher Inanspruchnahme Zuschüsse an die Reichsanstalt zu gewähren. Deshalb hätten wir uns damit abfinden können, daß eine Deduktion des Defizits durch Erhöhung der Einkommensteuer geschaffen worden wäre, wie sie auch im Reichstabinett bereits erwogen worden ist. Keinesfalls aber darf diese Belastung des Einkommens auf die Beamten und Angestellten beschränkt und unter Ausserachtlassung jeder sozialen Rücksicht geschaffen werden.

## Neues Gewerkschaftshaus in Riesa

Ein neues Volkshaus wurde am 1. März in Riesa eingeweiht. Die stark organisierte Arbeiterschaft der verhältnismäßig kleinen Stadt hat ein großes modernes Haus errichtet, das 22 Gewerkschaftsbüros, ferner Gasträume, Fremdenzimmer und Wohnungen enthält. In diesem Jahre wird von der Gewo noch ein Flügel mit 28 Wohnungen angebaut werden. Das Haus ist im Stile zweckmäßiger Sachlichkeit erbaut. Für die aufstrebende Industriestadt an der Elbe mit ihrer starken und geschlossenen Arbeiterbewegung war die Errichtung des Volkshauses, ganz abgesehen von der damit verbundenen Wohnraum-Vermehrung, im Hinblick auf die täglich wachsenden Aufgaben und Arbeiten der Gewerkschaften eine unbedingte Notwendigkeit.

## Badischer Textilkonflikt

### Die Unternehmer wollen schon wieder einmal Löhne abbauen

Die badische Textilarbeiterschaft ist seit April 1929 in allen Textilbetrieben tariflos, da das Reichsarbeitsgericht den Lohnsatz vom 6. Dezember 1927 für ungültig erklärt hat. Um wieder einen neuen Tarif zu schaffen, haben die Gewerkschaften am 7. Januar 1930 beim badischen Textilarbeitgeberverband neue Lohnforderungen eingereicht. Sie haben beantragt, den Stundenlohn des 25-jährigen Tagelöhners von 80 auf 88 Pfennig und den der 25-jährigen Tagelöhnerin von 45 auf 51 Pfennig zu erhöhen. Der Lohn der Alltagsarbeiterschaft soll im gleichen Verhältnis wie der Stundenlohn des 25-jährigen Tagelöhners steigen. Diese Forderungen wird niemand als übertrieben oder als unerfüllbar hinstellen können. Zu beachten ist, daß die letzte Lohnhöhung in Baden am 14. November 1927 erfolgte. Seitdem sind die Lebenshaltungskosten beträchtlich gestiegen. Die Textilarbeitgeber denken jedoch anders. Sie haben den Gewerkschaften mitgeteilt, daß sie einen Abbau der Löhne der badischen Textilindustrie um 9-10 Prozent beantragen werden. Direkte Verhandlungen mit den Gewerkschaften wurden von ihnen abgelehnt. Statt dessen haben sie sofort ihre Lohnabbauforderungen dem Landesminister für Süddeutsche Industrie in Karlsruhe übermittelt und bei den vor kurzem stattgefundenen Verhandlungen vor dem Schlichter erklärt, daß sie von ihrem Antrag, den Löhne abzubauen, keinen Schritt zurückweichen werden.

Die Organisationsvorsteher haben es bei den Verhandlungen strikte abgelehnt, auf der Grundlage eines Lohnabbaues zu verhandeln. Am 8. März finden vor dem Landesminister neue Verhandlungen statt.

## Kommunistische Meute überall

Die Prager Holzarbeiter bestanden bei ihrer letzten erfolglosen Stellungnahme zu dem Tarifvertrag des Holzgewerbes die einstimmige Forderung, daß der gewerkschaftlichen Tarif ausgeschlossen und sich jede kommunistische Einflussnahme auf die gewerkschaftlichen Aktionen verbieten.

Die Arbeiter der Holzarbeiter von den Kommunisten, die bisher eine partei-politische Position hatten, für Moskau eine gute Partie.

## Soziales Elend in Bulgarien

### Soziale Gesetzgebung und Wirklichkeit

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hat in Sofia, das er auf seiner Balkanreise berührte, nachdrücklich auf den unerträglichen Kontrast zwischen sozialer Gesetzgebung und sozialer Wirklichkeit hingewiesen, der nirgends so stark zutage trete, wie in den Balkanländern. In einem öffentlichen Vortrag über die Aufgaben und Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes machte Thomas darauf aufmerksam, daß Bulgarien auf der Ehrenliste der dem Genfer Arbeitsamt angeschlossenen Staaten stehe, da es von 28 Konventionen bisher 23 ratifiziert habe, in der Durchführung der ratifizierten Abkommen jedoch wie die übrigen Balkanstaaten recht viel zu wünschen übrig lasse.

Der Tiefstand der wirtschaftlichen und sozialen Lage der bulgarischen Arbeiter und Kleinbauern wurde von Thomas in einer Unterredung mit dem Korrespondenten des Sozialdemokratischen Pressebüros in Sofia beleuchtet. Thomas betonte, das soziale Elend Bulgariens habe sich erhärtet. Die Arbeiter, die die Gewerkschaften ihm entgegenhätten, seien trostlos. Eine Reihe von Protesten, Forderungen und Beschwerden der Gewerkschaften habe er an zuständige Regierungsstellen vorgebracht. Besonders im Argen liege die Frage der Sozialversicherung und der Arbeitslosenunterstützung. Wohl sei ein ansehnlicher Sozialfonds aus Arbeiterbeiträgen geschaffen worden, seine Mittel lägen jedoch nur in ganz geringem Umfang der Arbeiterbevölkerung zugute. Daß staatliche Einrichtungen wie die Eisenbahnen durch die bulgarischen Arbeiter nicht weiter; es gebe für sie keine wirkliche Besserung, wenn sie die Straßensprengungen und eine feste einheitliche Gewerkschaftsfront schaffen.

## Die Eigenbetriebe der Arbeiterschaft

Eine von der Betriebsrätezentrale der Freien Gewerkschaften Breslaus für Sonntag einberufene Versammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute war den Eigenwirtschaftsfragen der Unternehmen der Arbeiterschaft gewidmet, um vor allem die Funktionen der Gewerkschaften zu unterrichten, damit sie ihrerseits immer wieder in den Kreisen der Kollegenchaft auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit auch des wirtschaftlichen Zusammenstehens hinweisen und für die Eigenunternehmen der Arbeiterschaft werden können.

Zunächst trat der Film der GEG Fleischwarenfabrik Dödenburg, der den gewaltigsten Fleischwarenverarbeitungsbetrieb Europas veranschaulichte. Die Aufnahmen aus allen Teilen des riesigen Werkes, das täglich 1500 Schweine und 600 Rinder zu verarbeiten vermag, ließen die musterzügliche Betriebsführung erkennen. Genosse Winger legte in einem kurzen Vortrag die Entwicklung der Eigenwirtschaftsbewegung der Genossenschaften dar, die es ermöglichte, diesen größten europäischen Betrieb zu übernehmen, der sich in privatkapitalistischer Hand befand und heute mit fünf weiteren Betrieben gleicher Art die Fleisch- und Wurst- und Konservenverfertigung in der GEG zusammengeschlossenen Genossenschaften durchführt.

Ueber das Versicherungsunternehmen der Arbeiterschaft, die Volksfürsorge, sprach Genosse Klauel. Er behandelte die wirtschaftliche Seite der Eigenversicherung, die vor allem darin besteht, daß die Kapitalien der Versicherung immer wieder im Sinne der Arbeiterschaft nutzbringend verwendet werden, während die privatkapitalistischen Unternehmungen sie nur wieder im Sinne des Kapitalismus arbeiten lassen. Wenn heute die Volksfürsorge bereits die Summe von 90 Millionen Mark als Hypothek für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung stellen konnte, so ergibt sich daraus, welche Macht die Arbeiterschaft auch auf diesem Gebiete entfalten kann. Er wies dann noch auf die Zeitschriftenversicherungen hin, von denen sich Teile der Arbeiterschaft immer

noch beeinflussen lassen und mit denen schon mancher recht schiefen Erfahrungen machen mußte, vor allem hilft jeder Arbeiter aber seine wirtschaftlichen Gegner stärken, wenn er Privatversicherungen in Anspruch nimmt. Die Worte des Vertreters der „Volksfürsorge“ wurden durch die Vorkühnung des Werbestandes „Die Befehrerung“ illustriert, der in einer teilweise recht lustigen aber durchaus nicht unwahrheitlichen Spielhandlung aufzeigt, daß als Versicherung der Arbeiter nur die Volksfürsorge in Frage kommen kann.

Ein weiterer Film, der bisher noch ohne Titel ist und durch ein Preisausreiben erst zu einem solchen kommen soll, zeigte im Rahmen einer Spielhandlung das jüngste Unternehmen der organisierten Arbeiterschaft, die „Lindcar-Werke“ in Berlin-Nichtenrade. In vielen Wertaufnahmen zeigt der Film die Fahrradfabrikation und Kollege Deutsch sein wies in seinem Begleitwort auf die Entstehung dieses Betriebes hin, der Gewerkschaften und Arbeiter auch ebenfalls an privater Hand zu übernehmen vermöchten. Durch diesen Eigenbetrieb ist es möglich geworden, den Gewerkschaftsmitteln die Anschaffung von Fahrrädern zu erleichtern. Ohne Anzahlung gegen regelmäßige Ratenrückzahlung kann sich jedes Gewerkschaftsmitglied das heute für große Arbeiterkinder unerschwinglich gewordene Fahrzeug zulegen. Also auch in dieser Beziehung ist die organisierte Arbeiterschaft unabhängig geworden. Zum Schluß wies Kollege Deutsch noch auf die große „Lindcar-Werke-Veranstaltung“ hin, die nächsten Sonntag im Gewerkschaftshaus durchgeführt wird, bei der der Film „Lindcar-Werke“ einen Titel ebenfalls vorgeführt wird ein Lindcar-Fahrrad verkauft wird.

Kollege Ruffert forderte die Betriebsräte und Vertrauensleute auf, auch weiterhin den Eigenwirtschaftsfragen die größtmögliche Beachtung zu schenken und sich stets dafür einzusetzen, daß die Kollegenchaft veranlaßt wird, auch ihrerseits die eigenen Unternehmungen zu benutzen und dadurch auch weiter ausbauen zu helfen.

## Auf dem Rücken der Arbeiter

## Die „arme“ Zigarettenindustrie

### Was Neuerburg und Reemtsma an der Rationalisierung verdienen

Das Reich hat kürzlich die Tabak- und damit auch die Zigarettensteuer erhöhen müssen. Das Gesetz sah vor, daß die Zigarettenindustrie auch ihren Anteil an dieser Steuererhöhung tragen solle, und es kam in der Folge zu einem heftigen Kampf zwischen den Fabrikanten und den Händlern um die Abwälzung der neuen Steuerlast. Ferner wurde eine kurz befristete Kontingenterhöhung beschlossen; die Zigarettenindustrie hat sich aber als schutzbedürftig erklärt und zur Abwehr neuer Gründungen und der Außenwettbewerb Konkurrenz einen mindestens fünfjährigen Kontingenterhalt verlangt. Wie es mit dieser Schutzbedürftigkeit der Zigarettenindustrie aussieht, was insbesondere die heute die deutsche Zigarettenindustrie mit mehr als 80 Prozent der Gesamtproduktion beherrschenden, miteinander verbundenen Konzernen Neuerburg und Reemtsma an der Rationalisierung der Zigarettenindustrie allein verdienen, das zeigt der Fall der Stilllegung der bedeutendsten ostdeutschen Zigarettenfabrik Halpaus in Breslau.

Die Firma Halpaus in Breslau gehörte zu den ernsthaftesten Außenwettbewerbern des Neuerburg-Reemtsma-Konzerns. Es war eine ordentliche Stange Gold, die sich der Konzern im Jahre 1929 hat kosten lassen, um die Konkurrenz dieses Außenwettbewerbers zu beseitigen. Erst ging der Halpausbetrieb an das Haus Neuerburg, halb darauf wurde er von diesem dem Reemtsma-Konzern abgetreten. Die Stange Gold, die der Verkauf kostete, sollte durch Rationalisierungsmaßnahmen und durch die Zusammenfassung der Produktion herabgebracht werden. Als Halpaus noch selbständig war, haben dort 969 Arbeiter und 202 Angestellte von Januar bis April 1929 monatlich im Durchschnitt etwa 90 Millionen Zigaretten hergestellt. Als im Mai 1929 der Betrieb von Neuerburg übernommen wurde, folgte diesem Beschluß auf dem Fuße die Entlassung von 437 Arbeitern und 122 Angestellten. Die Produktion wurde aber keineswegs verringert. Im Juli 1929 wurden 88 im August 89, September 93, Oktober 78, im November 75 und im Dezember, als wegen der drohenden Steuererhöhung die Vorverlegung der Händler einsetzte, wurden sogar 115 Millionen Zigaretten hergestellt. Er genügte also zur Aufrechterhaltung der alten Produktion etwa die Hälfte der früheren Belegschaft; die Hälfte der früher bezahlten Löhne und Gehälter wurde als Rationalisierungsgewinn eingelagert.

Inzwischen war aber die Führung des Betriebes von Neuerburg auf Reemtsma übergegangen. Eine Weltkäufer-Versammlung des Reemtsma-Konzerns beschloß die vollständige Stilllegung von Halpaus und die Überführung der gesamten Produktion auf den Betrieb Eckstein in Dresden. Nach einer Mitteilung der Verwaltung wurde das damit begründet, daß der Dresdener Betrieb keine monatliche Belegschaft von 200 Millionen Zigaretten mit 110 Millionen ausnutzen und daß er infolgedessen ganz bequem die

90 Millionen des Breslauer Betriebes mit übernehmen könne. Der Belegschaft von Halpaus wurde die — freilich unverbindliche — Zusage gemacht, daß etwa 200 Arbeiter in Dresden übernommen werden sollen. Offenbar war man also der Überzeugung, daß dieselben 90 Millionen Zigaretten, für die der Halpaus Anfang 1929 noch fast 1200 Angestellte und Arbeiter notwendig waren, jetzt im Dresdener Reemtsma-Betrieb mit nur 200 Arbeitern hergestellt werden können. Damit verdoppelte sich der Rationalisierungsgewinn noch einmal. Wie damit waren die Gewinne aus der Rationalisierung noch nicht erschöpft. Wie bekannt geworden ist, hat die Firma Halpaus im Jahre 1928 reichlich 1 1/2 Millionen Mark für Reklame und Propaganda ausgegeben, die natürlich vom Reemtsma-Konzern jetzt zum größten Teil eingepart werden können. Das kommen noch die durch die Vereinigung der Betriebe ersparten Handlungsunkosten und Steuern.

Man bedenke nun, daß weit über 80 Prozent der deutschen Gesamtproduktion von rund 88 Milliarden Zigaretten vom Reemtsma-Neuerburg-Konzern beherrscht werden. In den letzten Jahren ist Fabrik auf Fabrik aufgekauft und schließlich rationalisiert worden wie der Breslauer Halpausbetrieb. Konzerngewinne sind mit diesen Zusammenstößen und der Konzentration der Erzeugung erzielt worden. Es ist alles weniger als ein Zufall, daß der vereinigte Konzern neuerdings auf gleichem Fuß, eine Aktiengesellschaft zu sein, und sich in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umformiert hat. Auf diese Weise kommt die Öffentlichkeit nie in die Lage, zu erfahren, wie sich die Rationalisierung und wie sich der letzte Kontingenterhalt auswirken und wie leicht es dieser im Weltschwimmen der Industrie möglich wäre, die Steuererhöhung ohne jegliche Belastung der Händler oder Verbraucher zu tragen.

Der Fall Halpaus bestätigt die alte Regel, daß die Rationalisierung auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten durchgeführt wird. Er zeigt, daß die Zigarettenindustrie nicht arm ist, sondern daß die Rationalisierung immer reicher wird. Er zeigt ferner, wie überflüssig die letzte Einbindung der Tabaksteuer und der Zigarettensteuer gegenüber der Zigarettenindustrie ist, daß sie auch die letzte Steuererhöhung ohne weiteres tragen könnte, daß der Kontingenterhalt nur eine besondere Gelegenheit zur Ausbeutung der Konsumenten ist und daß es wirklich an der Zeit wäre, das Reich bei der Zigarettenindustrie ganz Arbeit macht. Die Sozialdemokratie hat immer auf dem Standpunkt gestanden, daß Deutschland ein Zigarettenland hat und ein Zigarettenland sein muß. Der Widerstand der Interessenten der Zigarettenindustrie hindert. Die enormen Gewinne der Zigarettenindustrie beweisen aber, daß das Reich nicht nur die Zigarettenindustrie selbst, sondern auch die weiteren Gewinnabhängigen in der Zigarettenindustrie zusetzt und den Preis, der einmal für die Einführung des Monopols gezahlt werden muß, immer teurer werden läßt.